Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 271. Sonnabend den 18. November 1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 27—30. (627—630.) Bogen des 21. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 287. 288. Frankf. Bg. 341. 342. Mit der heutigen Lieferung ist das 21. Abonnement beendet. Auf das 22. Abonnement (Bogen 631 bis 660) beliebe man baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

Bekanntmachung.

Ich halte mich verpflichtet, der Provinz kund zu thun, welche Stellung ich in dem gegenwärtigen Konflikt der Staatsregierung mit der National-Versammlung einnehme.

Daher bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß ich dem königlichen Staatsministerium auf die Nachricht von dem Beschlusse der National-Versammlung vom 15. November sofort angezeigt habe:

> daß ich, falls diese Nachricht sich bestätige, nach meinen konstitutionellen Ansichten jenen Beschluß der National-Versammlung als die nothgedrungene Abwehr der gegen dieselbe ergriffenen unkonstitutionellen Maßregeln betrachten müsse und daher mich außer Stand befinde, diesem Beschlusse entgegenzutreten, falls meine Einwirkung dazu in Anspruch genommen würde.

Dringend ermahne ich die Einwohner der Provinz, durch strengste Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung zur friedlichen Lösung dieses traurigen Konflikts beizutragen.

Von meinem konstitutionellen Standpunkte aus, werde ich jedem wider die konstitutionelle Monarchie und die öffentliche Ordnung gerichteten anarchischen oder republikanischen Streben mit allen gesetzlichen Mitteln auf das Entschiedenste entgegentreten.

Breslau, den 17. November 1848.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.

Pinder.

Preußen.

□ **Berlin**, 16. November. [Tagesbericht.] Die Stadt bleibt unverändert ruhig und es ist zu erwarten, daß die Farce des Belagerungszustandes bald aufhören wird. Man versichert wenigstens, daß im Ministerium selbst über die Fortdauer des Belagerungs-Zustandes oder dessen Aufhebung Verhandlungen schweben. Eine mächtige Hofpartei, die früher „energischen Maßregeln" nicht eben abgeneigt war, räth jetzt zum Nachgeben und Einlenken. Im Ministerrathe stehen sich Graf Brandenburg und Herr v. Manteuffel schroff gegenüber. Die Herren Professor Leo, General Rauch, Präsident v. Gerlach, wie man allgemein behauptet, im Augenblicke die eigentlichen Lenker des Staates, sollen jedoch noch mit Festigkeit auf dem begonnenen Wege fortfahren und von Vermittlungen nichts hören wollen. In ihrem Gehirne spukt wahrscheinlich die Idee von dem „rühmlichen Fallen des Königthums durch einen ehrenvollen Kampf." Man hat diese Phrase dem Könige selbst in den Mund gelegt. — Von einer Seite, die, obschon sie den Bestrebungen der neuesten Zeit nicht eben hold ist, es doch ehrlich meint, räth man dem Könige zu einem Ministerium Grabow oder Beckerath. — Dem Beschluß der Frankfurter Versammlung, den ein Theil der Volkspartei für höchst unbedeutend hält, scheint die Hofpartei Bedeutung beizulegen (s. Frankfurt a. M.) — Die bis jetzt Verhafteten sind meist wieder freigelassen, da sie vor Civilgerichte gestellt, von diesen natürlich als nicht strafbar angesehen wurden. — Die Entwaffnung der Bürgerwehr dauert fort und scheint doch ein größeres Resultat zu gewähren, als man erwartete. Es sollen, heut wiederum 1500 Gewehre eingeliefert worden sein. — Unsere hiesige Presse ist nicht allein vollkommen beschränkt, sondern auch gezwungen, die gloriosen Artikel des durch seine „breite" Feder bekannten Herrn v. Florencourt aufzunehmen. Nur die National-Zeitung, die auch in diesen Tagen ihre rühmliche Haltung bewahrt, scheint bis jetzt den Späheraugen des General Wrangel entgangen zu sein. Es ist dieser Zeitung bis jetzt, trotz ihrer offenen, unumwundenen Sprache in der schwebenden Frage noch kein Reskript des Hrn. Wrangel zugegangen, während derselbe Herrn Lessing, dem Redakteur der Vossischen, eine ruhigere Haltung seines Blattes und die Nichtaufnahme der Verhandlungen der National-Versammlung befahl. — Die National-Versammlung tagt heute nicht. — Die Abgeordneten sind in den Partei-Sitzungen thätig und warten der Dinge, die da kommen sollen, sie halten mit dem gestrigen Beschlusse in Betreff der Steuerverweigerung die ihnen zu Gebote stehenden Mittel erschöpft und überlassen das Weitere dem Lande. — Wie verlautet, soll die pommersche und sächsische Landwehr eingezogen werden und heute früh bereits die betreffenden Ordres abgegangen sein. — Die Nachricht von der Abdankung des Polizei-Präsidenten v. Bardeleben scheint begründet. Der Ober-Regierungs-Rath v. Hinkeldey in Merseburg, ein dem Grafen Brandenburg persönlich befreundeter und wie sich denken läßt, durchaus unpopulärer Beamter, ist zum Nachfolger bestimmt. Nach Berichten, die aus Sachsen so eben eingehen, ist an Herrn v. Hinkeldey auf sehr empfindliche Weise Volksjustiz geübt worden. Die Bewegung scheint dort sehr stürmisch zu sein. Sowohl in Halle als in Merseburg hat man so ziemlich im Einverständniß mit dem Militär den Abmarsch desselben durch Verbarrikadirung und Zerstörung der Eisenbahnen zu hindern gewußt. Auch ist ein Landsturm von 40,000 Mann in jener Gegend organisirt.

6 Uhr Abends. Allgemein wurde heute ein Ausbruch des Kampfes erwartet. Es war die Rede von einer friedlichen Demonstration, die, wie sich erwarten ließ, einen Konflikt hätte herbeiführen müssen. Indeß ist bis jetzt Alles ruhig; auch hat eine Demonstration nicht stattgefunden.

Auf das Schloßdach hat Herr v. Wrangel seine Kanonen stellen lassen. Bis jetzt sind davon 14 hinaufgewunden.

* **Berlin**, 16. Nov. [Schaper. — Bassermann. — Dr. Wöniger. — Die Audienz der Stadtverordneten bei dem Prinzen von Preußen.] Der General-Postmeister v. Schaper soll aufgefordert worden sein, die Portofreiheit der Abgeordneten aufzuheben, dies aber abgelehnt haben. — Der Reichskommissair Herr Bassermann ist, in Folge der Wendungen, welche die hiesigen Ereignisse genommen haben, nach Frankfurt zurückgekehrt, um sich neue Instruktionen zu erholen. Es scheint, daß die in Frankfurt an ihn abgesandten, ihn verfehlt haben. — Bekanntlich haben die Stadträthe Runge und Falkenberg ihre Aemter niedergelegt, da ihre politischen Ansichten mit denen der Majorität des Kollegii nicht übereinstimmten. Der Dr. Wöniger, der mit ihnen auf gleichem politischen Fundament zu stehen scheint, hat einen andern Weg eingeschlagen. Er hat an das Stadtverordneten Kollegium appellirt und bei demselben den Antrag gestellt: „Dasselbe wolle sich mit dem politischen Verhalten der Majorität des Magistrats nicht einverstanden erklären, eventuell aber den Magistrat dringend angehen, eine mit dem politischen Geiste der Stadtverordneten-Versammlung mehr im Einklang stehende, den zweifellosen Willen der Bürgerschaft ausdrückende Stellung annehmen." Ueber diesen vielleicht folgenreichen Antrag wird wahrscheinlich heute Nachmittag in einer Sitzung der Stadtverordneten berathen. — In der gestern um 11 Uhr wieder eröffneten Sitzung der permanenten Stadtverordneten-Versammlung statteten die Stadtverordneten Duncker, Lewald und Schäffer Bericht über den Erfolg der zum Prinz von Preußen abgesandten Deputation ab. Die Deputation wurde im königlichen Schloß in Potsdam durch den Flügel-Adjutanten des Prinzen, Major v. Laue, empfangen und nach dem Namen gefragt. Darauf ließ der Prinz sagen, daß er die Erlaubniß des Königs eben nachsuche, die Deputation zu empfangen, welche auch kurz darauf in Gegenwart der Prinzessin von Preußen geschah. Nachdem auf Verlangen des Prinzen die Vorstellung der einzelnen Mitglieder der Deputation erfolgt war, nahm der Stadtverordnete Duncker das Wort, schilderte die Gefahr, in der das Land durch den gegenwärtigen Konflikt gerathen, und bat um die Vermittelung des Prinzen, welcher unmittelbar als der Nächste am Thron und unabhängig zwischen Krone und National-Versammlung dastehe. Der Prinz äußerte sich mit Freimuth, daß er mit vielen Rechtsgelehrten sich über die Rechtsfrage des Konflikts in Verbindung gehalten, daß er aber unmaßgeblich die Krone in vollem Rechte halte, und daß an eine Vermittelung mit dieser National-Versammlung nicht zu denken sei. — Darauf hörte der Prinz die Vorlesung der von den Stadtverordneten an die National-Versammlung gestern gerichteten Petition gegen die Steuerverweigerung und sagte: daß der erste Theil, welcher von dem Mißtrauen gegen das jetzige Ministerium spreche, ihn tief schmerze, dagegen der andere Theil, welcher sich gegen die Steuerverweigerung ausspreche, ihn angenehm berühre. Der Stadtverordnete Gneist nahm dann das Wort über die Rechtsfrage selber und der Prinz ging auf jeden einzelnen Punkt der Adresse mit einer genauen Rechts-Deduktion ein, die der Stadtverordnete Gneist auch Punkt für Punkt mit wahrhaft glänzendem und anerkennungswerthem freimüthigen Vortrage beantwortete. Er erklärte, daß die Angelegenheit nicht mehr nebenrechtlich abzumachen sei, daß sie jetzt auf den Boden des Staatsrechts getreten sei. Als Mitglied des geh. Ober-Tribunals spreche er hierdurch, nach Rücksprache mit mehreren seiner Kollegen, es unumwunden aus, daß die National-Versammlung in ihrem vollen Rechte sei, da sie als konstituirende, vereinbarende Versammlung eine gleichberechtigte Partei mit der Krone sei. — Der Prinz dankte für diese freimüthige Erklärung, hielt sich aber dadurch noch nicht für überzeugt. Stadtverordnete Schäffer bat nun wiederholt um die Vermittelung des Prinzen, da es sich hier nicht allein um die Gefahr für das Land, sondern auch für die Krone und Dynastie handle. — Der Prinz sagte: Durch die Nachgiebigkeit und die Inkonsequenz der Krone am 18. März sei die Dynastie allerdings in eine schiefe Lage gebracht worden, wer nach dem Hause Hohenzollern regieren werde, wisse er nicht, aber wenigstens wolle das Haus Hohenzollern mit Ehren fallen. Der König habe alles mögliche versucht, er habe jetzt zu diesen Maßregeln schreiten müssen, um die Anarchie niederzudrücken. Selbst Grabow, der heute erst eine Audienz beim Könige

gehabt habe, gab der Krone Recht. Der König werde nichts von den verheißenen Freiheiten kürzen, dafür bürge sein religiöses Gefühl und er selbst habe erklärt, den konstitutionellen Weg aufrecht zu erhalten, und er habe noch nie sein Wort gebrochen. Er trage Berlin keinen Groll nach, aber tief habe es ihn geschmerzt, als am 19. März sich keine Partei für ihn erhoben, die es offen ausgesprochen: der Charakter des Prinzen bürgt dafür, daß er sein Wort halten werde, und er versichere jetzt nochmals auf sein Ehrenwort, daß er von dem konstitutionellen Boden nicht weichen werde. — Nach dieser Erklärung gab der Prinz den Deputirten die Hand und entließ dieselben. Auch die Prinzessin hat sich angelegentlichst mit denselben unterhalten. Beiden hohen Herrschaften ist aber die Lage der Stadt und des Landes mit offnem Freimuth geschildert worden. — Ein Antrag des Stadtverordneten Heymann, betreffend eine Petition an das Staatsministerium wegen genauer Aufrechthaltung der Habeas-Corpus-Akte abzusenden, wurde einer Deputation überwiesen. — Der Wittwe des am 16. gefallenen Bürgerwehrmannes Schneider ist eine Pension von jährlich 100 Thlr. und für jedes der 7 Kinder bis zum vollendeten 18ten Lebensjahre bei freiem Schulgelde ein Erziehungsgeld von monatlich 5 Thlr. bewilligt worden. — Die Versammlung ging hierauf zu einer geheimen Sitzung über.

* **Frankfurt a. d. O.**, 16. November. [Ob die Beschlüsse der Nationalversammlung oder der Regierung zu Recht bestehen sollen.] Die Stadtverordneten haben in der heutigen Sitzung einstimmig beschlossen: **Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt, über Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, so lange die Versammlung nicht in Berlin ihre Berathungen frei fortsetzen kann, eben so kann es keine Gesetze geben. — Sie haben sich also dem Beschluß der Nationalversammlung angeschlossen. — Morgen sollen die sämmtlichen Dikasterien hiesigen Ortes aufgefordert werden, sich binnen 24 Stunden zu erklären, ob sie die Beschlüsse der Nationalversammlung für zu Recht bestehend halten und ihnen Folge leisten wollen, oder ob sie den Anforderungen und Befehlen des Ministeriums sich zu fügen gedenken.** — Auch der Magistrat, so wie die ganze Bürgerschaft sind mit diesen Beschlüssen einverstanden, und werden sich demnächst darüber einigen, welche gesetzlich zulässigen Maßregeln zu ergreifen seien, den Beschlüssen der Nationalversammlung Nachdruck zu veeschaffen.

Stettin, 13. November. [Aufregung.] Gestern Abend traf mit dem letzten Eisenbahnzuge eine Deputation des Pommervereins aus Berlin hier ein, um die Hauptstadt des phlegmatischen Pommern zum Handeln für die Nationalversammlung zu bewegen. Stettin hatte sich bereits 2 Stunden vorher mit dem Magistrat und den Stadtverordneten entschieden. Man blieb bis am Morgen um halb 3 Uhr zusammen, zu welcher Zeit eine Deputation, welche mit den Vertretern des Magistrats gemeinsam sich zum Kommandanten begeben, die Zusicherung überbrachte, die hier locirten Truppen würden wenigstens die Nacht noch nicht nach Berlin aufbrechen, wenn auch dieser Befehl einginge, da ein solcher Schritt nicht ohne Blutvergießen von Statten gehen könne. Der Kommandant erwiederte für diesen Fall, Stettin in Belagerungszustand erklären zu müssen, zeigte sich jedoch nach schriftlich eingereichten Vorstellungen gegen den Ausmarsch der Truppen bereit, die ganze Sachlage dem General Wrangel zur Entscheidung mittheilen zu wollen.

Halle, den 14. November, Mittags. [Aufregung.] Die Aufregung, in welcher sich unsere Stadt am gestrigen Vormittag befand, hat sich im Lauf des Tages nur wenig gelegt. Das Militär ist heute noch hier, trotzdem, daß bereits gestern Abend die zum Ersatz der bisherigen Garnison bestimmten Truppen eingerückt und außerdem ein Kommando Husaren angesagt worden, da auf den von Seiten des hiesigen Kommando's erstatteten Bericht eine weitere Ordre noch nicht eingetroffen ist. Von Seiten der Stadt ist heute eine Deputation an das General-Kommando in Magdeburg abgegangen, um Belassung der bisherigen Garnison zu bewirken. (H. C.)

* **Posen**, 15. Nov. [Erklärung von Rechtskundigen.] Durch die kritische Lage des Vaterlandes und durch die Berufung Sr. Majestät des Königs und der preußischen National-Versammlung auf die Stimmen des Volks veranlaßt, erklären hierdurch die unterzeichneten Rechtskundigen:

daß der Krone das Recht nicht zusteht, einseitig die National-Versammlung in Berlin zu verlegen oder zu vertagen, und daß alle darauf zielenden Schritte des Ministerii Brandenburg inconstitutionell und ungesetzlich sind.

Posen, den 15. November 1848. **Berndt**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **E. Brachvogel**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **v. Crousaz**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **Dönniges**, Justiz-Rath. **Fräntzel**, Ober-Landes-Gerichts-Rath. **Gäde**, Ober-Landes-Gerichts-Rath. **Gräbe**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **Guderian**, Justizrath. **Hausleutner**, Ober-Apellations-Gerichts-Rath. **Heising**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **Henke**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **Heitemeyer**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **v. Hundt**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **Lebenheim**, Land- und Stadt-Gerichts-Assessor. **Lehmann**, Ober-Appellationsgerichts-Rath. **Leviseur**, Ober-Landes-Gerichts-Auskultator. **Messerschmidt**, Assessor. **Meyer**, Land- und Stadt-Gerichts-Rath. **Moritz**, Justiz-Kommissar. **Müller**, Land- und Stadt-Gerichts-Rath. **Pokorny**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **Schmidt**, Ober-Landes-Gerichts-Auskultator. **Scholtz**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **Seger** Land- und Stadt-Gerichts-Direktor. **v. Sieghardi**, geheimer Justiz-Rath. **Suttinger**, Assessor. **Steltzer**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor. **Tschuschke**, Land- u. Stadt-Gerichts-Rath. **Welst**, Ober-Landes-Gerichts-Assessor.

β **Königsberg**, 13. Nov. [Das Regierungs-Kollegium erklärt sich gegen das Verfahren des Ministeriums.] Die neuesten Maßnahmen des Ministeriums Brandenburg beschäftigen hier alle Gemüther. Gestern fand eine Volksversammlung und eine Versammlung sämmtlicher Wahlmänner statt — die mit 4 dissentirenden Stimmen gegen das Verfahren der Krone Protest einlegten. Da der gestrige Theaterzettel die Bemerkung enthielt, daß Abends die neuesten Vorgänge in Berlin zur Kenntniß des Publikums gebracht werden sollten, war das Theater drückend gefüllt. Ein aus Zeitungen und Privatbriefen entnommenes Referat wurde vom Regisseur der Bühne mitgetheilt, während das Publikum Zeichen des Beifalls und der Mißstimmung bei den einzelnen mitgetheilten Vorgängen gab. Dem General v. Wrangel wurde ein Pereat, der National-Versammlung und dem Präsidenten v. Unruh dagegen ein einmaliges stürmisches Hoch gebracht. — Noch spät Abends verbreitete sich in der Stadt das Gerücht, welches sich heute auch bestätigte, daß nämlich selbst das hiesige Regierungs-Kollegium einen Protest gegen das Verfahren des Ministeriums eingelegt habe, welche Nachricht allgemein mit größter Befriedigung aufgenommen wurde*). Heute finden verschiedene Versammlungen — auch eine der Stadtverordneten statt.

Königsberg, 13. Nov. [Adressen.] Folgende vom Magistrat entworfene Adresse ist mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung heute Abend an die Nationalversammlung abgesendet worden:

Hohe Versammlung!

Eine hohe Versammlung hat nach dem Eingange der königl. Ordre vom 8. d. M. ein Verhalten beobachtet, welches unbegrenzte Achtung vor Deren männlichen Entschlossenheit erzeugen muß und unsere heiligen Entschlüsse zur kräftigen Wahrung der errungenen Freiheiten nur stärken und befestigen kann. — Glücklich unser Vaterland, wenn dieses Beispiel hochherziger That in seinen Söhnen nie den Funken der Begeisterung für Freiheit und Recht erlöschen läßt, den es in diesem Augenblicke entzündet hat, und mit dem auch die unterzeichneten Vertreter der hiesigen Stadt Einer hohen Versammlung hiermit ihre wärmste Anerkennung und den tiefgefühltesten Dank aussprechen.

Königsberg, den 13. Novbr. 1848.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.

Außerdem war vom Magistrate auch eine Adresse an den König entworfen worden, welche jedoch trotz längerer Diskussion keine allgemeine Beistimmung erlangen konnte. Es wurde daher behufs Abfassung einer neuen Adresse an Se. Majestät eine besondere Kommission erwählt, welche morgen Vormittag um 10 Uhr zusamnientreten wird.

Die von den Wahlmännern Königsberg an die Nationalversammlung erlassene Adresse lautet wie folgt:

Die auf den Befehl der Krone von dem Ministerium Brandenburg angekündigte Verlegung und Vertagung der National-Versammlung halten wir, die unterzeichneten Wahlmänner der Stadt Königsberg, ohne auf das von ihr angegebene Motiv, die scheinbare Unfreiheit der Versammlung, worüber diese doch zunächst selbst zu entscheiden hat, einzugehen — für nicht gerechtfertigt; wir halten sie vielmehr für ein dem Volke, der Krone und dem Vaterlande Gefahr und Unheil drohendes Beginnen, ganz geeignet, die glückliche Vollendung der angebahnten Vereinbarung zu vereiteln. Die feste und doch besonnene Haltung, mit welcher die National-Versammlung die königl. Botschaft entgegengenommen hat, giebt uns die freudige, zu gleichem Muthe und gleichem patriotischen Eifer anspornende Ueberzeugung, daß die Ehre und Rechte der Nation, selbst der durch Rathschläge ihrer Diener getäuschten Krone gegenüber, von unsern Repräsentanten würdig und männlich gewahrt sind. In der Hoffnung und Voraussetzung, daß die Nationalversammlung nichts verabsäumen werde, um im Wege friedlicher Verständigung die Krone zur freiwilligen Zurücknahme dieser unheilschwangern Maßregel zu vermögen — fühlen wir, als Wahlmänner Königsberg's, uns zunächst verpflichtet und berufen, die Nationalversammlung unserer vollkommenen Zustimmung, unseres Dankes und unserer Unterstützung mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu versichern. Königsberg, den 12. Novbr. 1848. (K. Z.)

*) Wir bemerken, daß wir unsern Korrespondenten als einen sehr zuverläßigen Mann kennen, und daß wir daher annehmen müssen, derselbe habe sich nicht zu einer übereilten Meldung bestimmen lassen, obwohl der Umstand, daß die Königsberger Zeitung vom vierzehnten November, den oben erwähnten Protest noch nicht meldet, sonst wohl geeignet wäre, Bedenken hervorzurufen. Red.

Trier, 12. Novbr. Es haben sich die Wahlmänner des Land- und Stadtkreises Trier in einer sehr entschiedenen Proklamation unbedingt für die National-Versammlung ausgesprochen. Der demokratische Verein, der Arbeiter-Verein und der Landwehr-Verein haben sich derselben angeschlossen. (K. Z.)

** Die rheinischen Blätter bringen zahllose Zustimmungs-Adressen an die Nationalversammlung in Berlin. Eben so die Blätter aus Westfalen, so daß es uns unmöglich ist, alle jene Adressen in unsere Zeitung aufzunehmen. So viel jedoch müssen wir bemerken, daß die Adressen nicht blos von politischen Vereinen, sondern zum größten Theil auch von den Gemeinde-Vorstanden in Stadt und Land ausgehen. — Hamburg, Braunschweig u. m. a. Städte außerhalb Preußens haben bereits ebenfalls ihre Stimmen für die Nationalversammlung in Berlin erhoben.

Deutschland.

□ **Frankfurt**, 14. Nov. [115. Sitzung der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung.] Tagesordnung: Berathung des von dem Ausschusse erstatteten Berichtes über die preußische Angelegenheit. Eröffnung der Sitzung um 9½ Uhr durch den Präsidenten von Gagern. — Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird vorgelesen und ohne Reklamation angenommen.

Die am gestrigen Tage zurückgelegten Interpellationen werden verlesen.

Fetzer aus Stuttgart frägt den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welcher Sinn der unterm 23. vorigen Monats verfaßten und am 2. d. Mts. der Schweizer Eidgenossenschaft übergebenen Note zu unterlegen, da in derselben ein Ueberschreiten des § 4 des Gesetzes vom 28. Juni zu finden sei, und welche Bewandniß es mit den in derselben ausgesprochenen Vorkehrungen habe.

Nauwerk aus Berlin den Minister des Auswärtigen, wegen des österreichisch-italienischen Krieges. — Nach dem Beschluß der National-Versammlung vom 12. August wurde die Centralgewalt beauftragt, die österreichisch-italienische Angelegenheit zu Ende zu führen, es ergeht daher die Frage, welche Schritte geschehen sind, um diesem Beschlusse nachzukommen, und was ist geschehen, um der Verwendung deutschen Geldes und deutschen Blutes zur Festhaltung eines nicht deutschen Landes ein Ziel zu setzen?

Simon von Trier fragt den Reichs-Justizminister, ob derselbe Kenntniß von einem Reskript des königl. baierischen Ministeriums habe, wonach alle Wiener Studenten, welche sich nach Baiern begeben, und an den letzten Wiener Ereignissen betheiligt, ausgewiesen werden sollen, und daß der Aufenthalt der neu ankommenden nur gestattet sein soll, wenn sie durch eine Legitimation der Wiener Polizei gerechtfertigt erscheinen, und auch von den Personen, mit welchen sie umgehen, eine Bürgschaft für ihr Verhalten stellen; und wenn dies der Fall, was das Ministerium gesonnen, zu thun, um den Schutz des Rechts gegen die polizeiliche Anarchie aufrecht zu erhalten.

Giskra aus Mährisch-Tribau frägt den Minister des Innern, welche Schritte gethan worden, um den Schutz der Person gegen die willkürliche Handhabung der Gesetze in Bezug der Militärpflicht zu handhaben, da nach glaubwürdigen Nachrichten, Studenten, Arbeiter ꝛc., welche für das Militär tauglich angesehen, nach Belieben in die Regimenter gesteckt werden. — Die Minister werden Freitag den 17. d. M. antworten.

Simon von Trier, Titus Marck und Genossen fragen den Reichs-Justizminister, ob er davon Kenntniß habe, daß am 9. d. M., Morgens 7 Uhr, der Abgeordnete für Leipzig, Robert Blum zu Wien in der Brigittenau kriegsrechtlich erschossen worden sei und was derselbe gegen die Verhöhnung des deutschen Rechtes zu thun gedenkt? **(Tiefe Bewegung in der Versammlung und auf der dichtgedrängten Gallerie).** Reichs-Justizminister Mohl antwortet, daß er diese Nachricht, so eben erst vernommen, und daher keine besondere Mittheilung darüber machen könne; **nachdem er jedoch die Verhaftung erfahren, habe er sogleich die geeigneten Schritte gethan, wie das der Versammlung zur Kenntniß gebracht wurde, daß aber, wenn die Thatsache wahr, gegenwärtig alle ferneren Schritte unnütz seien.**

Zur Bestätigung des Faktums wird ein Brief an den Abgeordneten Baumschmidt vorgelesen, der die Angaben bestätigt. (Tiefe Ruhe und Entrüstung).

Wernher aus Nierstein will eine Notiz hierzu machen, daß es nicht glaublich, unmöglich, schweift jedoch ab, und wird zum Abtreten genöthigt.

Schoder aus Stuttgart fragt den Verfassungs-Ausschuß, wann er die neue Vorlage der zum erstenmale berathenen Grundrechte des deutschen Volkes zu machen gedenke.

Vicepräsident Rießer zeigt an, daß morgen darauf geantwortet werden soll.

Jucho aus Frankfurt interpellirt den Finanzausschuß, ob die festgestellte Auszahlung für die gelieferte Naturalverpflegung nicht bald eintreten wird, da die Armuth der Quartiergeber dieses sehr wünschenswerth mache.

Rotenhan aus München antwortet, daß die nöthige Antwort des Ministeriums noch nicht eingegangen, daher der Ausschuß noch nicht berichten könne.

Bei dem Uebergange zur Tagesordnung verliest Zachariä aus Göttingen den von dem Ausschuß erstatteten Bericht, nach welchem derselbe auf die in der gestrigen Sitzung gestellten Anträge folgenden Beschluß gefaßt hat: 1) die königl. preuß. Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln ergriffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen; 2) daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist."

Jordan von Marburg, Zachariä, Hergenhahn, Jordan von Berlin, Schwartz, Haym, von Saucken. Paur v. Augsburg, Lüntzel, Falk, Wiedenmann, v. Raumer aus Dinkelsbühl. Die Herren Werner aus Koblenz, Krafft und Giskra stellen jedoch folgendes Minoritätserachten: „die königl. preuß. Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Vertagung und Verlegung der preußischen Nationalversammlung, als mit dem Wesen und dem Rechte einer Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung unverträglich, aufhebe." — „Daß erforderlichen Falls Maßregeln getroffen werden, welche ausreichend erscheinen, die Würde und freie Berathung der Versammlung in Berlin sicher zu stellen." — „Daß die Krone Preußens sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt, und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen, geeignet ist."

Watzdorf aus Leichnam verlangt, die National-Versammlung solle der Berliner Reichsversammlung in Folge ihrer Bestrebungen zur Aufrechthaltung ihrer Rechte gegen die Kabinetsordre vom 8. Novbr., einen Dank votiren.

Gombart, Schott, Radowitz, Vincke, Schwerin und Andere verlangen über die gestellten Anträge zur Tagesordnung überzugehen, da nach dem konstitutionellen Prinzipe die Krone in ihrem Rechte sei.

Wesendonk aus Düsseldorf und Genossen verlangen, die Centralgewalt aufzufordern, daß ihre Weisungen dahin gerichtet werden, damit alle gegen die Berliner Nationalversammlung ergangenen Maßregeln zurückgenommen, und insbesondere die Aufhebung der dortigen Bürgerwehr nicht stattfinden solle. — Linde aus Maiz verlangt Uebergang zur motivirten Tagesordnung, da nach den Rechten des konstitutionellen Königs, derselbe das Recht habe, so zu verfahren.

Sturm aus Sorau verlangt in den Majoritäts-Antrag hinter den Worten: ‚zur Vereinbarung der Verfassung unverträglich" einzuschalten: „zunächst beanstandet und gänzlich zurücknehme," wodurch das Wort „aufhebe" hinwegfällt.

Simon von Trier verlangt in Erwägung Art. I. lit. b. des Gesetzes vom 28. Juni, wonach der Centralgewalt die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zusteht; dieselbe dem General Wrangel die dringende Weisung zugehen lasse, sich jeder Gewaltmaßregel gegen die Volksvertreter der Berliner Nationalversammlung zu enthalten.

Nach getroffener Zustimmung der Nationalversammlung verliest der Präsident ein zweites Schreiben, worin der Tod des Abgeordneten Blum dem Abgeordneten Wiesner aus Wien mitgetheilt wird, und der wahrhaft männlichen Haltung des Getödteten auf dem letzten Wege eine belobende Anerkennung zu Theil wird.

Reichsjustizminister Mohl theilt hierauf mit, daß zum Schutze der in Wien noch befindlichen Abgeordneten zwei Kommissarien abgehen werden, dieselben gleichzeitig auch dem Gesetze seine Geltung verschaffen sollen.

Bei Fortsetzung der Berathung spricht Heinrich Simon aus Breslau sich dahin aus, daß es unter so erschütternden Eindrücken schwer sei, das Wort zu ergreifen, er mache jedoch darauf aufmerksam, daß es für Oesterreich zu spät, aber für Berlin noch Zeit sei, einem blutigen Zusammenstoß zuvorzukommen. Sowie damals, als Karl X. gestürzt wurde, um Paris, stehe gegenwärtig um Berlin eine bewaffnete Macht mit 217 Feuerschlünden, um ein Ministerium zu stützen, welches nicht beliebt sei. — Obgleich Herr v. Brandenburg den Namen für dasselbe hergebe, so leite doch eigentlich nur Herr v. Manteuffel dasselbe, ein Mann, der dem metternichschen System huldigt und nur den Polizeistaat kennt, demgemäß das Volk zum Dank für die Märzerrungenschaften eine Charte des Junkerthums erhalten würde. — Wie es aber Niemandem erlaubt werden kann, mit seiner Existenz, sowie mit der Ruhe und Wohlfahrt Preußens und der von ganz Deutschland zu spielen, so kann es auch nicht erlaubt sein, durch einen Staatsstreich die Verlegung einer Nationalversammlung anzuordnen, da ohne den Schutz, den dieselbe durch die Haltung Berlins genießt, der Thron zusammenbrechen muß. (Lebhafter Beifall links.) Es sei aber Pflicht der hiesigen Versammlung, einer zweiten Revolution vorzubeugen, da dieselbe in Folge der reaktionären Bestrebungen nothwendig herbeigeführt werde. — Es gehöre allerdings Muth dazu, seinen Weg mit Festigkeit zu verfolgen, allein die 500 Männer, welche hier versammelt sind, um die Geschicke Deutschlands zu lenken, sollen ihn haben, und wenn es ihnen unmöglich ist, denselben zu entwickeln, so möge die Macht auf diejenigen übergehen, welche die Macht haben, unseren Beschlüssen zu widerstehen. — Noch ist es Zeit, den Willen zu entzaubern, der in Wien einen so schweren Schlag mit Sorglosigkeit geschehen ließ (sehr wahr!), um in Berlin muthig einzugreifen, damit nicht gesagt werde, wenn Frankfurt neben der Einheit nicht die Freiheit zu schützen wisse, wir haben uns vergriffen und unsere schlechtesten Söhne als Vertreter nach Frankfurt geschickt. (Stürmischer Beifall, der sich mehrfach wiederholt, da einige Unzufriedenheit sich kund giebt.) Daher möge Deutschland aus seiner blutigen Lage gerettet werden.

Welcker aus Heidelberg verlangt zunächst Ueberzeugung und Besonnenheit, bevor man zu den zu fassenden Beschlüssen schreitet, die die Freiheit schützen sollen. Demgemäß spricht er zu Gunsten des Majoritätsbeschlusses, da nach dem Wesen der konstitutionellen Verfassungen der Krone das Recht zustehe, ihre Minister zu ernennen, und in Preußen dies jetzt geschehe, um der Anarchie ein Ziel zu setzen (Gelächter), und die Versammlung dem Einfluß einer Parthei zu entziehen, die ihr Gewalt anthut, und sie zu Beschlüssen zwingt. — Vincke aus Hagen ist schmerzlich berührt, daß das Mitglied für Magdeburg sich so von dem Rechtsboden entfernen konnte, um einem Wege zu folgen, der ihn seinem früheren Rufe abwendig mache, ein Vorbild des Rechtsgefühls zu sein. Auf die Sache selbst eingehend, so steht der Versammlung zu Berlin nach § 13 des Gesetzes für den vereinigten Landtag nur das Recht zu, die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, und die Steuern zu bewilligen, mithin die Krone noch alle die Rechte besitze, die ihr bis jetzt noch nicht genommen seien. In dem Einberufungspatent ist freilich Berlin als der Ort bezeichnet, wo die Versammlung ihren Sitz haben soll, allein dies verhindert nicht, daß dieselbe dahin verlegt werden kann, wo die Krone es für genehm findet. Soll dazu erst die Genehmigung der Versammlung eingeholt werden, so müßte auch jede Handlung der Minister zuvor mit der Kammer berathen worden. — Daß die Krone bis jetzt Vieles zugelassen, woraus die Versammlung ein Recht für sich in Anspruch nimmt, kann nicht bestimmend sein, da der Brauch noch kein Gesetz (hört! hört!). Wenn Unzufriedenheit laut wird, so hat die Krone dasselbe Recht, das Volk zu fragen, ob es mit seinen Vertretern zufrieden ist, und Neuwahlen anzuordnen, wie von einer Seite dieses Hauses der Antrag gestellt wurde, Neuwahlen eintreten zu lassen. Dieser Versammlung steht es aber gar nicht zu, regelnd in die Verhältnisse Preußens einzuschreiten, zumal solches in Oesterreich nicht stattgefunden. Daher kann nur der Uebergang zur Tagesordnung beantragt werden.

Simon von Breslau verlangt das Wort zur Berichtigung einer persönlichen Angelegenheit, welches ihm jedoch verweigert wird.

Müller aus Würzburg erklärt sich für den Majoritätsantrag des Ausschusses, da derselbe am besten den Weg andeutet, der eingehalten werden muß, um die Rechte dieser Versammlung zu wahren und den Grundsätzen entgegen zu treten, die von einer anderen Seite in Anspruch genommen werden.

Wydenbrugk aus Weimar hält an dem Antrage fest, den er und seine politischen Freunde am gestrigen Tage gestellt, wird aber dem Minoritätserachten seine Stimme nicht versagen, dem Majoritätsgutachten kann er sich aber nicht anschließen. Der Hauptpunkt der Frage ist der Rechtspunkt, und in Bezug hierauf geht das Mitglied aus Hagen zu weit, da dasselbe die Rechtsfrage auf einen Zustand anwendet, der noch nicht vorhanden, sondern erst werden soll. Man sage zwar, die vorhandene Proklamation verspricht, daß keine Beeinträchtigung der Errungenschaften eintreten soll, welche früher zugesagt wurden. Allein hierbei ist das Prinzip der Gleichberechtigung festzuhalten, wornach der Versammlung ebenfalls das Recht zusteht, ihren Willen darüber zu haben, denn sonst würde man auf dem Boden von 1815 stehen, und Vieles von dem nicht erfüllt werden, was versprochen wurde, wie es auch damals der Fall gewesen. Die Verlegung und Vertagung der Versammlung kann daher der Krone nicht eingeräumt werden, denn sonst wären die Vertreter der edlen preußischen Nation nur eine Dienstmagd im Solde der Krone. Der König hat zur Begründung seiner Handlungen auch nicht an das Volk, sondern an das Heer appellirt, und demgemäß hat man das Benehmen der Berliner Bürgerwehr zu einem Verbrechen gestempelt. Das ganze Benehmen der Krone Preußen erhält daher mehr den Anstrich eines Staatssteichs, als des gesetzlichen Zustandes, daher erfordert der Muth es, dieselbe von dem betretenen Wege abzulenken, und zur Einhaltung des gesetzlichen und verfassungsmäßigen zu veranlassen, damit die Freiheit geachtet werde. Das Recht hiezu steht aber der hiesigen Versammlung im vollen Maße zu, da nach dem Gesetz vom 28. Juni über die Centralgewalt, jederzeit ein Einschreiten da vorgeschrieben ist, wo eine Störung der Verhältnisse in den Einzel-Staaten eingetreten ist. Um also den schönsten und größten der deutschen Staaten sicher zu stellen, und einem blutigen Zusammenstoße zuvorzukommen, ist es nothwendig, frei mit der Sprache herauszugehen und kein Wenn und Aber in Anwendung zu bringen, sondern die Sache mit ihrem rechten Namen zu bezeichnen, und das Brechen der Krone einen Verfassungsbruch zu nennen. Die hiesige Versammlung ist nicht zur Vereinbarung zusammen getreten, denn sonst brauche sie nicht hier zu sein, sondern sie soll die oberste Leiterin sein in den deutschen Angelegenheiten. — Von ihr hängt es daher ab, ob sie hoch oder ohnmächtig dastehen wolle, und nothwendig sei es, den Augenblick zu ergreifen, auf welchen der Genius Deutschlands erwartungsvoll herabblickt, um Deutschland groß und mächtig zu machen. — Reichsminister Beckerath ist für den Beschluß der Majorität des Ausschusses, da dieser am sichersten zu dem Ziele führe, auf welches die Versammlung ihr Augenmerk zu richten habe.

Lassaulx aus München bringt einen Antrag ein, daß zur motivirten Tagesordnung übergegangen werden möge, da die Krone Preußen keine Vermittelung in Frankfurt gesucht habe. —

Biedermann aus Leipzig ist gleichfalls mit dem Beschluß der Majorität des Ausschusses einverstanden, da er gerade die Mitte einhält, und selbst dem Ministerium keine Ungelegenheiten bereitet.

Löwe aus Calbe kann der aufgeworfenen Frage des Vorredners nicht beistimmen, da es sich nicht darum handeln kann, welche Stellung die Versammlung dem Ministerium gegenüber einzunehmen habe, da es hoffentlich nicht von neuem eintreten wird, daß ein Beschluß der Versammlung nicht zur Ausführung komme. (Beifall.) Preußen hat eine Revolution gemacht, ohne dieselbe nöthig zu haben, da es bei seinen materiellen Mitteln eine Größe erlangt hatte, die ihm den Vorrang in ganz Deutschland einräumte, es war demselben dem Wesen nach, Vieles gegeben, wozu nur die Form fehlte. Diese Form war zugesagt, allein von 1815 bis 1840 hat man sich gefürchtet, die Consequenzen aus dem Wesen der Dinge zu ziehen, und diese Form zu geben, weshalb Alles in Frage gestellt wurde. So ging es bis 1848, wo die alten Zusagen eine Wahrheit werden sollten, die aber durch die Macht des Verhängnisses so verwickelt sind, daß man sich nach einem Alexander umsehen muß, um diesen gordischen Knoten zu zerhauen. Gegenwärtig steht also die neuere Macht des Volkes, mit der alten der Krone im Kampfe, und ein solcher kann nur mit Vernichtung des einen oder andern Theiles, oder, allein die Ereignisse sind mächtiger als die Menschen, und die Consequenzen derselben ziehen sich durch die Natur der Fortentwickelung hindurch, so daß es nicht zu bestimmen sei, wohin der Gang der Dinge führen kann. (Beifall) Man habe gesagt, die Versammlung zu Berlin sei in ihren Berathungen nicht frei gewesen, und doch sind sie Nachts um 2 Uhr in ihr Sitzungslokal gegangen, ohne andern Schutz, als den, welchen ein Paar Kompagnien Bürgerwehr gewähren können; ebenso grundlos sei die Behauptung, daß in Berlin Anarchie herrsche, denn bei der gröbsten Verletzung des Rechts und Beeinträchtigung der Volksvertretung habe Berlin sich selbst überwunden und die Stadt sei ernst und ruhig. Die Berliner gäben im Gegentheil der Regierung ein Beispiel, wie man sich benehmen müsse. (Lautes Bravo.) Allerdings handle es sich darum, in Berlin eine Revolution zu verhindern, aber nur in sofern die absichtlichen Reizungen zu einer solchen Seitens der Reaction vielleicht doch die mühsam errungene Ruhe des berlinischen Volks überwältigen könnten. Man brauche zur Wiederherstellung des Absolutismus einen Krawall; einen Krawall, rufe man, einen Krawall, ein Königreich für einen Kra-

wall! (Rauschender Beifall.) Er schließt mit dem Beweis, daß das Unrecht ganz auf Seiten der Krone sei, und schließt sich dem Simonschen Antrage an.

Die Debatte wird um 5 Uhr geschlossen. Das Majoritätsgutachten wird mit 239 gegen 159 Stimmen angenommen. (Näheres morgen.)

Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

[Dem Ausschuß sind behufs der Prüfung der Sachlage von dem Reichs-Minister v. Schmerling folgende Urkunden übergeben worden:] 1) Ein Auszug aus dem Protokolle der Sitzung des Gesammtreichsministeriums vom 6. d. M., die Entsendung des Unterstaatssekretärs Bassermann nach Berlin betreffend, worin als Grund derselben theils die Nothwendigkeit einer Beschleunigung der das Verhältniß der Centralgewalt zur preußischen Regierung betreffenden Verhandlungen, theils das Recht und die Pflicht der Reichsregierung, gegenüber den täglich der Anarchie sich mehr nähernden Zuständen der preußischen Hauptstadt und deren unheilvollem Einflusse auf den Gang der Berathungen der preußischen Nationalversammlung, die erforderliche Stellung einzunehmen, hervorgehoben und dem Abgesandten der Centralgewalt der Auftrag ertheilt wird, auf das Nachdrücklichste sowohl für die Regelung des den erlassenen Reichsgesetzen entsprechenden Verhältnisses der preuß. Regierung zur Centralgewalt, als auch für die volle Freiheit der Berathuugen der preußischen Nationalversammlung zu wirken. 2) und 3) Zwei Schreiben des Unterstaatssekretärs Bassermann an den Reichsminister des Innern aus Berlin vom 9. und 10. November. Herr Bassermann theilt in dem zweiten Schreiben mit, daß er am 10. d. M. eine Unterredung mit dem Grafen Brandenburg gehabt und daß ihm derselbe für einen der nächsten Tage eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Ministerium zugesagt habe, in welcher er das Verhältniß zwischen Berlin und Frankfurt zum Gegenstande der offensten und nachdrücklichsten Berathung machen werde. 4) Ein Schreiben des Reichsministers des Innern vom 12. Nov. Abends an den Unterstaatssekretär Bassermann in Berlin, worin demselben eröffnet wird, daß sich das Reichsministerium in zwei langen Sitzungen damit beschäftigt habe, über die Maaßregeln zu berathen, welche von Frankfurt aus ergriffen werden müssen, um auf eine möglichst baldige Lösung des zwischen der Krone und der Volksvertretung von Preußen eingetretenen bedauerlichen Konflikts hinzuwirken. Das Reichsministerium sei entschlossen, eben so kräftig jedem Reactionsversuche entgegen zu treten, als die Anarchie zu bekämpfen. Unter der Voraussetzung, daß die Lösung des Konflikts nicht bereits in befriedigender Weise erfolgt sein sollte, werden die Zielpunkte näher bezeichnet, welche der Beauftragte des Reichsministeriums ins Auge zu fassen und für deren Erreichung er zu wirken habe. Sie betreffen a) die Bildung eines Ministeriums, welches das Vertrauen der Krone und des Landes genieße; b) die Verlegung der Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg; c) die Ergreifung entsprechender Maßregel gegen die anarchischen Zustände in Berlin und die terroristischen Einwirkungen auf die Mitglieder der Nationalversammlung; d) die Zurückverlegung der Nationalversammlung nach Berlin; e) gesetzliche Anordnungen zur Sicherung des ungestörten und freien Fortganges der Berathungen. Da zufolge der vom Reichsministerium gemachten Mittheilungen dem nach Berlin abgesandten Bevollmächtigten des Reichs bereits die Schritte vorgezeichnet worden sind, welche er zu thun habe, um die entstandenen Konflikte zu beseitigen, so kann es sich nach Ansicht des Ausschusses für jetzt nur darum handeln, daß die Reichsversammlung, wenn sie diese Schritte als den Umständen entsprechend und genügend erachten muß, sich in Uebereinstimmung mit denselben erkläre und durch diese Erklärung die Aussicht auf einen günstigen Erfolg derselben verstärke. In Betreff der Verlegung der Nationalversammlung (die Vertagung ist nur als faktische Folge dieser Verlegung zu betrachten), kann der Ausschuß mit Bezug auf die notorisch vorliegenden Thatsachen nicht in Abrede stellen, daß die Krone, kraft ihres Berufs die Versammlung gegen Angriffe, Verletzungen ihrer Würde, und die Freiheit ihrer Berathungen hemmende Einschüchterungen von Außen her zu schützen, unter außerordentlichen Umständen ebenso berechtigt, als verpflichtet erscheinen kann, eine solche Verlegung zu beschließen. Da solche außerordentliche Umstände in Berlin zweifellos obgewaltet, so konnte der Ausschuß nicht der Ansicht sein, daß die fragliche Verlegung als ein ungerechtfertigter, die Rechte der Nationalversammlung verletzender Art der Willkür zu betrachten sei. Dabei dürfte auch dem Protest der Nationalversammlung gegen diesen Akt nicht die Bedeutung beigelegt werden, daß dadurch das Recht der Krone aufgehoben werde, indem, wenn überhaupt von der faktischen Unfreiheit der Nationalversammlung ausgegangen werden müßte, auch dieser Protest nicht als eine freie Willensäußerung aufgefaßt werden konnte. Es folgte hieraus aber auch von selbst, daß sobald die, die Verlegung rechtfertigenden Umstände vollständig gehoben sind, die Fortdauer jener außerordentlichen Maßregel kassire und die Versammlung selbst werde es in ihrer Hand haben, die Zurücknahme derselben durch Zustimmung zu solchen Maßregeln herbeizuführen, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen. Bei der Bildung des Ministerums Brandenburg sei zwar die Krone formell in ihrem Rechte, und es würde eine indirekte Aufhebung der nach konstitutionellen Grundsätzen der Krone zweifellos zustehenden Befugniß, die verantwortlichen Minister zu ernennen, sein, wenn sie schon bei der Bildung des Ministeriums durch ein im Voraus von dem Organ der Volksvertretung demselben entgegengesetztes Mißtrauensvotum an der freien Ausübung jenes konstitutionellen Rechts gehindert werden könnte. Andererseits sei thatsächlich als feststehend zu betrachten, daß sich an die Bildung jenes Ministeriums Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen knüpfen konnten und wirklich geknüpft haben, und daß es für eine befriedigende, die Ruhe und das öffentliche Vertrauen sicherstellende Lösung des vorhandenen Konflikts als wesentlich nothwendig erscheine, daß sich die Krone mit Räthen umgebe, welche dazu geeignet seien, in der in vollkommener Freiheit berathenden und beschließenden Versammlung eine Majorität zu gewinnen. Auf diesen auch vom Reichsministerium für nothwendig erachteten Punkt müsse sich daher auch die Erklärung der Reichsversammlung richten, damit sie ihrerseits ebenfalls das Zeugniß ablege, daß ihr die Festhaltung an den errungenen Volksfreiheiten heilig sei, und daß sie den festen Willen habe, überall in Deutschland ebensowohl der Reaktion als der Anarchie kräftig entgegen zu treten.

□ **Frankfurt a. M.**, 14. November. [Tagesbericht.] Die außerordentlichen Nachrichten, welche heut Morgen und gestern Abend hier eintrafen, haben eine außergewöhnliche Aufregung hierselbst hervorgerufen, und zum ersten Male seit dem 18. September ist der Ausdruck der Lethargie von der Physiognomie der Stadt gewichen. Robert Blum ist in Wien erschossen, ein Abgeordneter der konstituirenden Versammlung ist ohne deren Erlaubniß, den Gesetzen zuwider, von den Militärbehörden eines Einzelstaats gerichtet. Mit Deutschlands Einheit ist alles wieder in Frage; so lautet es an allen Ecken. — Dazu ist Robert Blum der erklärte Liebling des Frankfurter Volks, wie er es in Leipzig nur je gewesen sein mag. Selbst abgesehen von den gewaltigeren Nachrichten, die uns die preußische Post brachte, dies eine Faktum hätte hingereicht, den gewaltigen Umschwung der Nation herbeizuführen, der sichtlich vor sich geht. — Die Berliner Nachrichten lassen bisher noch gar nicht zum eigentlichen Nachdenken kommen. Das in der Geschichte unerhörte Schauspiel, das der Kampf des alten und des neuen Rechts im Staate der Intelligenz darbietet, hält alle Blicke mit Zaubergewalt auf sich gefesselt und erlaubt noch keinerlei Ausdruck und Urtheil. Das großartige Benehmen des Volks von Berlin macht einen tiefen Eindruck auf alle Gemüther. -- Von Stettin und Halle sind schon Abgeordnete der politischen Vereine hier eingetroffen, welche von der Nationalversammlung und Centralgewalt ein energisches Einschreiten zu Gunsten der preußischen Landesversammlung verlangen, vorzüglich auf Grund der Erklärung, in welcher die preußische Regierung ihre ganze Armee zur Disposition der Centralgewalt stellt. Die Vermittelung durch Hrn. Bassermann wollen dieselben als gänzlich unzureichend und unpraktisch angesehen wissen.

Köthen, 14. Novbr. [Adresse des anhalt. Landtags an die preuß. National-Versammlung.] Nach der vor 14 Tagen erfolgten Publikation der Verfassung für die Herzogthümer Anhalt-Dessau und Köthen waren die Sitzungen der konstituirenden Versammlung bis heute vertagt worden, theils um Zeit für die Ausarbeitung der ferneren Vorlagen zu gewinnen, theils um das nicht ohne Mühe zu Stande gebrachte Verfassungswerk festlich begehen zu können. Freilich waren die jüngsten Ereignisse in Wien und Berlin nicht geeignet, eine wahrhaft freudige Stimmung aufkommen zu lassen, um so weniger, als der Ausgang derselben für die kleinen Staaten zur Lebensfrage zu werden scheint. So war denn auch die Physiognomie der heutigen Landtagssitzung eine sehr düstere. Kurz nach 10 Uhr wurde die Sitzung durch den Präsident Wolter eröffnet. Er wies zunächst auf die seit dem letzten Zusammensein des Landtages so sehr veränderte Lage der Dinge hin. „Wir glaubten damals durch Beendigung des Verfassungswerkes über alle Hindernisse gesiegt, glaubten uns gegen alle Angriffe gesichert zu haben; unsere Freude ließ uns übersehen, wie rings um uns her Alles noch im Argen lag." Nun verbreitete sich der Redner über die neuesten Ereignisse in Berlin; dann kam er auf die so eben eingetroffene Nachricht von Blum's Tode: „Und um das Maß voll zu machen, sprach er mit bewegter Stimme, erfahren wir, daß ein Vertreter des Deutschen Volkes, der von seinem Feuereifer für die gute Sache getrieben, nach dem schwer bedrängten Wien geeilt war, dort auf eine schmachvolle Weise „kriegsrechtlich" gemordet worden ist." Im weiteren Verlaufe seiner Rede sprach sich Wolter über die großen Verdienste des Märtyrers, über die scheußliche Widergesetzlichkeit des gegen ihn beobachteten Verfahrens aus und schloß damit, daß er die Versammlung aufforderte, durch Akklamation ihre Entrüstung darüber zu erkennen zu geben. Die ganze Versammlung erhob sich wie Ein Mann unter einem Beifallssturme der Gallerien. Mißfällig ist bemerkt worden, daß die Minister sich nicht gleichfalls erhoben. Vor der Tagesordnung wird ein dringlicher Antrag der Abgeordneten Wolter und Konsorten eingebracht, „**in einer Adresse der preußischen National-Versammlung die vollste Anerkennung für ihre würdige Haltung zu erkennen zu geben und zugleich die tiefste Entrüstung über das gegen sie beobachtete widergesetzliche Verfahren auszudrücken.**" Die Dringlichkeit wird mit Akklamation angenommen; ein Entwurf, vom Abgeordneten Schilling im Voraus aufgesetzt, als Vorlage genehmigt und dann ohne Abänderung angenommen. Die einstimmig beschlossene und bereits abgesandte Adresse lautet:

Vertreter des preußischen Volkes!

Die Ereignisse in Berlin und die Wendung, welche dieselben in neuester Zeit genommen, haben auch uns, die Vertreter von zwei Bruderstämmen, mit Schmerz und Abscheu, aber auch mit Hochachtung und Bewunderung erfüllt. Auch uns hat es das Herz tief verwundet, als wir ein Ministerium von der Krone berufen sahen, welches die unermeßliche Majorität in der National-Versammlung, wie im Volke gegen sich hatte; auch uns hat es empört, daß es den Muth hatte, dem auf das Entschiedenste und Unzweideutigste in seinen Organen ausgesprochenen Willen des Volkes die Stirn zu bieten. Als aber dieses Ministerium anfing, seine Pläne zu enthüllen und ins Werk zu setzen; als es die Freiheit Eurer Berathungen hochverrätherisch hemmte; als es den Aussprüchen der Vernunft die Spitzen der Bajonnette und die Mündungen der Kanonen entgegen zu setzen sich erkühnte; als es die im März so theuer errungene Freiheit ohne allen Vorwand schonungslos vernichtete: Da wurden wir von tiefem Entsetzen ergriffen darüber, daß so Unerhörtes in einem konstitutionellen, deutschen Lande möglich sei. Nur die bewunderuugswürdige, musterhafte Haltung, welche Ihr und das Volk von Berlin den Maßregeln der Willkür gegenüber zu bewahren, nur der besonnene Muth, welchen Ihr denselben entgegen zu setzen wußtet, und welcher Euch unsere und gewiß ganz Deutschlands Bewunderung und Liebe errungen hat, nur der Hinblick auf Eure Standhaftigkeit und Treue lassen in uns die Hoffnung nicht sinken, daß die Freiheit Deutschlands nicht untergehen werde! Vertreter des preußischen Volkes! Gebet auch Ihr diese Hoffnung nicht auf! Beharret bei Eurem gesetzlichen Widerstande; er wird, er muß Euch den Sieg erringen, und dieser Sieg wird Euch unsterblich machen. — Wir aber konnten es uns nicht versagen, Euch den Tribut der Anerkennung, der Hochachtung, der Bewunderung zu zollen. — Halten wir es doch für eine unabweisliche deutsche Bruderpflicht, welche erst jetzt üben zu können wir beklagen, da wir erst heute wieder von Neuem zusammen getreten sind. Sollten Euch aber diese Worte nicht mehr als eine Körperschaft antreffen, sollte es der Gewalt der Bajonnette schon gelungen sein, Euch auseinander zu treiben, so hoffen wir, doch nicht umsonst geredet zu haben. Noch ist dann die Presse im übrigen Deutschland frei; durch sie werden wir dann zu Euch sprechen, und seid gewiß, auch die Vertreter der übrigen deutschen Volksstämme werden nicht schweigen! Gott segne Euch! Gott segne Preußen. Köthen, den 14ten November 1848. Die vereinigten Volksvertreter von Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen. In deren Auftrage: der Vorsitzende: Wolter. Schriftführer: Imme. Klinghammr. An die hohe National-Versammlung in Berlin.

(M. Z.)

Dresden, 14. Nov. [Robert Blum.] Nachdem man hier von der ersten Bestürzung über die Nachricht von der Hinrichtung Robert Blum's etwas wieder zu sich gekommen ist, bricht der Unwille über die dem deutschen Volke angethane Schmach und Verhöhnung um so lauter hervor. Ich will hierbei Gerüchte nicht berühren, um zu belegen, wie aufgeregt die Stimmung bei uns ist, sondern mich einfach auf Thatsachen beschränken. Die erste Folge dieser Stimmung war, daß die beiden Obmänner des hiesigen republikanischen Vereins mittels Plakats alle demokratisch Gesinnten zu einer Versammlung im Odeon für heute Nachmittag aufforderten, die außerordentlich zahlreich besucht war. Nach einer etwas stürmischen Debatte wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1) das Ministerium ist zu ersuchen, den Hinterlassenen Robert Blum's eine seinen Verdiensten würdige Unterstützung aus Staatsmitteln zu erwirken und deshalb den noch versammelten Ständen eine sofortige Vorlage zu machen; 2) das Ansuchen zu stellen, den sächsischen Gesandten in Wien, Baron v. Könneritz, sofort abzurufen, in geeigneter Weise zur Rechenschaft zu ziehen, und falls er der Nachlässigkeit überwiesen, nach Befinden entweder vor ein Kriminalgericht zu stellen oder ohne Pension aus sächsischem Staatsdienste zu entlassen und ihm das deutsche Staatsbürgerrecht zu entziehen; 3) dem österreichischen Gesandten die Pässe einzuhändigen und die Auslieferung von Blum's irdischen Ueberresten von der österreichischen Regierung zu verlangen." Das Protokoll mit diesen von Schmerz und Entrüstung diktirten Beschlüssen wurde hierauf von

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 271 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 18. November 1848.

(Fortsetzung.)

den Anwesenden feierlich im schweigsamen, langen Trauerzuge zu dem Staats-Minister v. d. Pfordten gebracht und ihm von einer dazu erwählten Deputation überreicht, während vor dem Minister-Hotel die Menge der Antwort harrte. Diese ging dahin, daß der Staats-Minister die Versicherung gegeben, wie er diese Angelegenheiten entweder heute Abend noch oder morgen früh im Ministerrathe zur Sprache bringen und seiner Zeit Antwort ertheilen werden. Da man sich hierdurch zufriedengestellt fand, entfernte man sich so ruhig, wie man gekommen war. Der Vaterlands-Verein hatte zu ähnlichem Zwecke für heute Abend eine außerordentliche Versammlung anberaumt, zu der sich so viel Menschen eingefunden hatten, als der Gewandhaussaal zu fassen vermochte. Dr. Hirschel gab eine ergreifende, aus mündlichen Mittheilungen des Reichtagsdeputirten Julius Fröbel, der diesen Morgen hier angekommen ist, geschöpfte Darstellung der letzten Augenblicke Robert Blum's, welche viele der Anwesenden zu Thränen rührte. Ich hebe daraus blos hervor, daß der Hingerichtete als ein Opfer des Antagonismus Oesterreichs gegen Deutschland gefallen ist; denn sobald er den verhängnißvollen Protest gegen seine Verhaftung mit Berufung auf seine Mitgliedschaft des deutschen Parlaments schriftlich eingereicht habe, sei die unglückliche Wendung seines Schicksals eingetreten. Zu bedauern war es, daß wegen des zu großen Andrangs von Menschen Störungen der fernern Verhandlungen eintraten und die Versammlung, ohne daß zur Debatte über die zu stellenden Anträge geschritten werden konnte, vertagt werden mußte, um morgen im Freien fortgesetzt zu werden.

Leipzig, 15. Nov. [Robert Blum.] Gestern Abend begingen beide hiesige Vaterlandsvereine in gemeinschaftlicher Versammlung die Todtenfeier ihres Mitgliedes Robert Blum. Die weiten Räume von Saal und Gallerien des Odeon waren überfüllt, die Rednerbühne und die Tafel, an welcher die Ausschuß-Mitglieder saßen, schwarz bekleidet, und der großartige Eindruck, den die versammelte Menge selbst und die gehaltenen Vorträge machten, wurde durch nichts gestört. Hr. Jäkel präsidirte, Hr. Julius Kell aber eröffnete die Feier mit einem ergreifenden, einfachen Gedichte, das mit den Worten schloß: „Ob im Tod das Auge bricht, freie Männer sterben nicht." Professor Flathe hielt die Festrede. Die Reaction, sprach er, hat den trügerischen Schein der Gesetzlichkeit abgeschüttelt und will in Wien dem Deutschthum und der Freiheit des Volkes den Kopf zertreten; sie ist in Berlin mit drohenden Kanonen gegen ein friedliches Volk, gegen eine National-Versammlung, die ruhig und groß auf der Bahn wahrer Gesetzlichkeit einherschreitet, aufgetreten. In solcher Zeit geht der Weheruf durch Sachsen: Robert Blum, der beste Freund des Volks, ist nicht mehr! Weissagend sprach er einst hier an dieser Stelle: „Ich will dem deutschen Volke die Freiheit verschaffen oder sterben;" er ist gestorben, aber er ist nicht untergegangen, denn er hat uns in dem Vorbilde seines Lebens und Sterbens eine große Erbschaft hinterlassen. Arm und klein war er in seiner Jugend, aus eigener Kraft ist er ein Riese geworden. Der Gedanke: Strebe rastlos und du wirst und mußt Etwas werden und deinem Volke nützen, ist die erste Erbschaft. Die zweite aber ist die Lehre: „Opfere dich deinem Volke." Mühen, Sorgen und Gefahren übernahm Blum fürs Volk, und sein Lohn war der Haß der Aristokratie. Als er nach Wien ging, wohin der Geist ihn rief, als er that, was er nicht lassen konnte, als Wien fiel und er vor ein Gericht gestellt wurde, was kein Gericht war, da stand er als würdiger Diener der Freiheit und des deutschen Volkes, und keine Lüge konnte seine letzten Tage entweihen. Groß und würdig wie er gelebt, ist er gestorben, und das ist die dritte Erbschaft. Das aber, was aus dem Tode Blum's kommen, die Ernte der Blutsaat, die aus Blum's Grabe emporwachsen wird, die vierte Erbschaft wird sein: Der Genius der Freiheit mit dem scharfen Schwerte! — Hierauf berichtet Hr. Jäkel über die Schritte, welche die in Wahlangelegenheiten in Dresden anwesenden Deputirten der Vaterlandsvereine wegen der Hinrichtung Blum's bei dem Minister des Auswärtigen gethan, so wie über die desfallsigen Verhandlungen in der II. sächsischen Kammer, und machte hierbei bekannt, daß der Centralausschuß einen Trauergottesdienst veranstalten werde „für das edle Opfer, dem der Traum der Freiheit der edelste Gedanke seines Herzens gewesen," daß ähnliche Todtenfeiern für Robert Blum in allen Städten und Dörfern Sachsens durch die Vaterlandsvereine veranstaltet werden sollten, und daß endlich, wenn die Frankfurter Nationalversammlung sich in Blum's Angelegenheit nicht so benehmen werde, wie die Wichtigkeit der Sache es erfordere, man die Mitglieder der Linken, auf die man allein Einfluß habe, dann aus dieser Versammlung abberufen wolle. Ein zur Todtenfeier von Wurzen Abgesandter, Diakonus Möbius, wies darauf hin, wie R. Blum's blutiger Schatten in unserer Mitte sei und uns dem Ziele zu dränge, das er verfolgt. Er gedenke, wie Blum in den Märztagen im Schützenhause gesprochen. Man könne das Herz, das die Idee und die Begeisterung trägt, durchbohren, aber die Idee könne keine Kugel vernichten; er neige sich diesem Geiste. Hr. W. Seybt, Deputirter des Vaterlands-Vereins zu Reichenbach, versicherte, daß er nur gekommen, um den Leipziger Brüdern die Theilnahme und die Kräfte seines Vereins anzubieten. — Hr. Jäkel erklärte, die beste Sühne für Blum's Tod sei die Ausführung Dessen, was er begonnen. Blum habe sich mit voller Seele in die deutsche Revolution geworfen, sie gähre noch, und den Hinterbliebenen sei die Aufgabe Pflicht, sie durchzuführen. Das edle Brudervolk in Berlin, das gleich Wien bedroht sei, dürfe nicht ohne Hilfe bleiben. Eine Kommission habe sich zur Leitung der Freischaarensache gebildet. Eine Hauskollekte werde in diesen Tagen zu diesem Zwecke eingesammelt werden. Hr. Oelckers erläutert das Gesagte dahin, daß zwar sofort Vorbereitungen zur Bildung von Hilfsscharen getroffen werden müßten, die eventuell auch nach Berlin kommen könnten; zunächst aber würden sie wohl bestimmt sein, die Sache Berlins in den Provinzen zu vertreten, und Student Degen berichtet noch, daß bereits in der Provinz Sachsen, namentlich längs der Eisenbahn, der Freischarenzug organisirt werde; siege die Reaktion in Berlin, so schade es nichts, wenn man bewaffnet sei. Hr. Albrecht entwickelt weitläufiger die Nothwendigkeit solcher Schritte der Freischaren. In gleichem Sinne spricht Hr. Warth, man solle die Freiheit nicht erschlagen lassen, sondern gegen alle Windischgrätze ziehen. Hr. Bautzmann aus Dahlen tritt bei, das Damokles-Schwert hänge über unserm Haupte. Seine Anträge, unter andern sofortige Errichtung eines Freischarenzuges, wurden dem deshalb gebildeten Central-Ausschuß überwiesen. — Nachdem noch einige Sprecher aufgetreten, ersuchte Hr. Jäkel die beiden anwesenden Reichstags-Abgeordneten Joseph und Schaffrath das Wort zu nehmen. Sie wurden mit dem lautesten Jubel begrüßt. Dr. Joseph betrat die Rednerbühne und wies darauf hin, wie für die Freiheit, für dieses höchste Gut, kein Opfer zu groß sei: „**Blum ist das größte Opfer, was dem deutschen Volke eine bübische Macht auf der Brigittenau in Wien geraubt.** Er hätte entfliehen können, aber er blieb. Siegende Gegner achten sonst tapfere Kämpfer; nur Blum, der für Freiheit und Einheit eines lang zerspaltenen Volks gekämpft, fand keine Schonung. Ihr, eure Liebe zu ihm war sein Tod. Sein Kampf für die politische Freiheit, sein Streben für Glaubensfreiheit, indem er dem Deutschkatholicismus Boden verschaffte im Volke, drückte das letzte schwarze Siegel auf seine letzte Stunde. Blum hat für die Freiheit nicht blos gesprochen, sondern gehandelt. Lassen wir uns das gesagt sein, wenn die rechte Stunde kommt, und gestehen wir uns, daß Vertrauen und Hingebung eine Thorheit geworden sind. Allein Blum selbst hat es gezeigt, daß man so lange als möglich mit den Mitteln des Gesetzes gehen müsse," wobei der Redner noch rügend auf die Excesse hindeutete, welche den vorigen Abend besudelt haben. Dr. Schaffrath spricht hierauf seinen tiefen Schmerz aus über den Verlust eines Freundes, mit dem er 12 Jahre gelebt, d. h. wie sie das Leben von früher Jugend an verstanden — gekämpft, und zwar zu einer Zeit, wo Die noch feig zurücktraten, die selbst jetzt noch auf Den schimpfen, der ihnen die Bahn gebrochen. Aber er wolle nicht klagen. „Wir müssen sammt und sonders Blums werden, dann wird kein Blum mehr gemordet. Er war ein Mann nicht der permanenten, sondern der berechtigten Revolution. Nicht diejenige Revolution aber ist berechtigt, die einen Erfolg hat, sondern diejenige, welche in der Majorität des Volkes begründet ist. Jeder Straßenscandal ist eine Versündigung am Volke. Nur dann, wenn alle gesetzlichen Mittel erschöpft sind und die Mehrheit die Revolution will, nur dann ist die Revolution berechtigt. Ein Volk, das seine Freiheit nicht erringen und bewahren kann, ist der Freiheit nicht werth. Blum hat lange gekämpft ohne Aussicht auf Erfolg, bis die Zeit die neuen Ideen weihte und das Volk ihnen Beifall schenkte. Niemand wurde dabei so verfolgt und verleumdet wie Blum; er hat sich nicht gerächt und auch nie verlangt, daß man sich an seinen Gegnern rächen solle. Deshalb war Blum groß. Nehmen auch wir uns vor, nur an einer berechtigten Revolution, aber dann Einer für Alle und Alle für Einen, Theil zu nehmen. Jeder möge sich in der Stille geloben: wir wollen Blume werden!" Hiermit schloß die Versammlung, nachdem vorher noch der Druck der Flathe'schen Rede und des Kell'schen Gedichts allgemein verlangt worden war. (D. A. Z.)

Stuttgart, 9. Novbr. [Aus der Kammer.] Von Schweickhardt wurden die Wiener Angelegenheiten zur Sprache gebracht. Nach einer 3½ stündigen sehr lebhaften Debatte, an welcher etliche und dreißig Redner Antheil nahmen, wurde beschlossen: Die Regierung zu bitten, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bei der Centralgewalt darauf hinzuwirken, daß sie 1) im Hinblick auf das ihr übertragene heilige Werk der Einigung Deutschlands den in Oesterreich sich kunggebenden undeutschen und freiheitsfeindlichen Bestrebungen mit allen Kräften entgegentrete, daß sie 2) insbesondere Allem aufbiete, daß sich die österreichische Regierung mit ihren deutschen Provinzen der Centralgewalt und den Beschlüssen der National-Versammlung ungesäumt unterwerfe; 3) daß die deutsch-österreichischen Provinzen, welchen die wärmste Theilnahme des würtembergischen Volkes gehöre, in dem vollen Genusse der Rechte und Freiheiten der deutschen Nation gesichert seien und bleiben; 4) daß die deutsche Stadt Wien von den Drangsalen des Belagerungsstandes in möglichster Bälde befreit werde.

Oesterreich.

† **Wien, 15. Nov.** [Tagesbericht.] Gestern eine lange Reihe Equipagen vor dem Kärnthner-Thor-Theater, die Straßen noch von lautem Getümmel bewegt, trotz des ziemlich harten Frostes, der die nahen Bergzüge bereits mit einer Schneedecke überzogen hat, und des späten Abend's! In der That, Wien athmet wieder auf, sammelt und erholt sich, nicht in frevelndem Leichtsinn seine schweren noch blutenden Wunden vergessend, nicht aus gedankenloser Frivolität den Zuständen sich akkommodirend und dem rohen Materialismus abtrünnig sich wiederum zuwendend, sondern in der rein menschlichen Erschöpfung, welche den fieberhaften Aufregungen folgen mußte, in die es seit dem Mai unaufhörlich gesetzt worden ist. Eine dreifache Hinrichtung mahnte nach 5 Uhr an die Schrecken des Standrechtes; Musketiere schossen, und erst die wiederholten Schüsse der unsichern Schützen im abendlichen Dunkel endeten die Todesqualen des einen Unglücklichen, eines ungarischen Schuhmachers, wie ich höre, der Theilnahme am Morde Latour's bezüchtigt. Die zwei andern Delinquenten waren Soldaten. Nach 7 Uhr erschien der Ban Jellachich mit seinem Stabe im Theater, um „Norma" zu hören, und wurde von dem zahlreichen Publikum mit Akklamationen empfangen, worauf die Volkshymne begehrt und von Galliern, Römern und dem Publikum abgesungen wurde. — General Moga soll in Preßburg gehenkt worden sein. Wie einst in Frankreich, stellt man jetzt in Ungarn den Henker hinter den Feldherrn, um dessen Kopf für eine Niederlage zu nehmen. — Der Oberkommandant Messenhauser ist zum Tode durch den Strang verurtheilt. Doch erwartet man allgemein seine Begnadigung. Sicher ist die Vollstreckung des Urtels auf drei Tage hinausgeschoben. Gestern wurde auch die Schauspielerin Villata, bei dem Theater an der Wien engagirt, verhaftet. Auf einer flüchtigen Tour nach einigen Seiten der Stadt habe ich die nachstehenden Verwüstungen durch die Belagerung verzeichnet: An der Favoriten-Linie 26 Privatgebäude, im Gloggnitz-Brucker Bahnhofe das Waaren-Magazin, die Maschinen-Werkstätte, die Stellmacher- und Tischler-Werkstätte, der Gasometer, der Lokomotiv-Schuppen mit drei Lokomotiven, zwei Wasser-Stationen, das große dreistöckige Beamten-Haus. In der Vorstadt Matzleinsdorf 20 Wohnhäuser. An der Mariahilfer-Linie das große Wirthshaus zur Hühnerstiege. In der Vorstadt Gaudenzdorf 6 Häuser. Im Lerchenfeld 4 Häuser. In Döbling vor der Nußdorfer Linie 6, im Lichtenthal 5 Häuser. In der Leopoldstadt die zwei großen Zuckerraffinerien von Mak und Zinner, ein Badehaus, das Odeon, 28 Wohnhäuser, 3 Zimmermanns-Plätze mit den Holzvorräthen, 2600 Klaftern Brennholz an den Holzplätzen in der Brigittenau und an der Nothbrücke; in der Vorstadt Weißgerber 6 Wohnhäuser und 2 Holzplätze mit 1200 Klaftern Brennholz, die Nothbrücke und die Sophien-Kettenbrücke. In der Vorstadt Erdberg der Gasometer, in der Vorstadt Landstraße das Wirthshaus des Bürgerhospitals zu St. Markus. In der Stadt das Kollowrathsche Palais, ein Haus in der Krügergasse und ein kleines Nebenhaus, die Beschädigungen der Bibliothek, des zoologischen Museums, der Augustiner-Kirche und des kaiser-

lichen Hofbauamtes ungerechnet. 17 Brände wurden hier im Entstehen gedämpft. Dazu kommen noch Stadttheile, die ich nicht besucht, die entfernteren Ortschaften, die tausendfachen partikulairen Schäden durch die Kugeln, die militairischen Vorrichtungen, das Feuer und die Plünderungen. — Die Unregelmäßigkeiten im Postbetriebe dauern fort oder vielmehr für die Auslieferung der Briefe wie Zeitungen hat sich eine fast regelmäßige Verspätung gebildet, die bei der Hauptpostverbindung durch die Nordbahn nicht bloß an der Schwierigkeit und Zeitversäumniß der Expedition zwischen Florisdorf und der Stadt liegen kann. Den größten Theil der Schuld mag die Postverwaltung tragen, die ganz nach dem alten Schlendrian betrieben, weder die Kräfte noch die Lust besitzt, sich ungewöhnlichen Verhältnissen zu fügen, so daß jede kleine Schwierigkeit gleich den gesammten Dienst stört und umwirft. Sie können denken, wie empfindlich wir dies fühlen, wo wir jeder neuen Post mit höchster Spannung entgegensehen. — Der Provinzial-Landtag in Innsbruck revanchirt sich für die Erklärung des Reichstages, der seinen Wiederzusammentritt illegal nannte, nachdem Süd-Tyrol und Vorarlberg von vorn herein gegen seine Zusammensetzung und sein ferneres Bestehen feierlich protestirt hatten. Längst gepflegte Intentionen nunmehr demaskirend, beschäftigt er sich mit dem Antrage des Ausschusses für allgemeine Landesangelegenheiten: „Der gegenwärtige Reichstag, von dem sich eine entsprechende Lösung der ihm obliegenden Verfassungs-Arbeit nicht erwarten lasse, solle nicht mehr berufen, sondern vorerst eine Anzahl Deputirter aller Provinzialstände an das kaiserliche Hoflager berufen werden, um darüber zu berathen, ob es nicht im Interesse der Monarchie und der in ihr umschlossenen Völker sei, die künftige Verfassung auf der Grundlage der Föderativform mit Beibehaltung des Provinzialverbandes zu erbauen." Man sieht, die Staatsweisheit des Ausschusses geht nicht über die gefallene Institution des vereinigten preußischen Landtages, jedoch im kleineren Maßstabe, da Innsbruck nur die Elite der ständischen Mitglieder versammelt wissen will, hinaus. — Wien büßt für die Mißachtung der kaiserlichen Autorität, wie uns alle Kundmachungen seit dem 7. Oktober offiziell sagen. Ist nicht die Absicht, den vom Kaiser feierlich sanktionirten Reichstag zu stürzen, ebenfalls eine verrätherische Mißachtung jener Autorität, das Verlangen, die konstitutionelle Volks-Vertretung bei Seite zu schieben, nicht ebenfalls eine aufrührerische Auflehnung gegen Gesetz und Kaiserswort? — Graf Stadion wird dem Reichstage in Kremsier ein ministerielles Programm vorlegen, welches dieser wahrscheinlich nur mit seinem Rücktritt wird beantworten können. — Vom 6. bis 11. November haben 1433 Parteien 157,774 Fl. aus der Sparkasse entnommen und nur 420 Parteien 26,838 Fl. eingelegt, ein Beweis, sowohl daß die Noth schon jetzt nöthigt, die Ersparnisse anzugreifen, als auch, daß man die Sicherheit des Instituts nicht für ungefährdet hält. — Die Oesterreichische Zeitung hat die wiederholt nachgesuchte Bewilligung des Erscheinens nicht erhalten, und wenn schon die Bitte ein Zeugniß ihrer Apostasie ist, so ist sie unweigerlich extra noch unter bestimmten Versicherungen einer radikalen Reform geschehen. Herr v. Schwarzer ist seit dem 6. Oktober unsichtbar. — Pesth ist im Augenblick vollkommen ruhig; auch das Aufgebot der Waffenfähigen erfolgt mit großer Schonung. Keinerlei gewaltsames Pressen wird angewendet. Die ungarische Hauptarmee steht in der Nähe Preßburgs. Sämmtliche Wege und Chausseen sind durch klafterbreite Einschnitte unwegsam gemacht. Das österreichisch-ungarische Regiment Zanini ist übergegangen, hat die Offiziere gezwungen, sich anzuschließen, an der Grenze jedoch entlassen. Die k. k. Truppen sind im Besitz der Festungen Temeswar und Arad, letztere hat jedoch nur 1500 Mann Besatzung. Nicht 300 Häuser des nahen Städtchens sind von der Festung aus zerstört worden, sondern kein Schuß ist aus derselben gegen das Städtchen gefallen. Die Ungarn haben die Festungen Komorn, Essegg, Peterwardein und Ofen, letzteres ist noch sehr stark verschanzt worden. Die Ausfuhr von grauen, blauen und braunen Tüchern nach Ungarn ist unter denselben Strafbestimmungen wie die Waffenausfuhr verboten.

Wien, 15. November. [Hinrichtungen.] Die Wiener Zeitung enthält eine Fortsetzung ihrer Schrekkens-Bülletins:

Zu Folge Kriegsrechtsurtheils vom 11., kund gemacht am 14. d. Mts., ist Ignaz Porsch, aus Widin in Böhmen gebürtig, katholisch, ledig, 38 Jahre alt, Dr. der Rechte und Privatdocent durch Zusammentreffen der Umstände überwiesen, einen Versuch unternommen zu haben, mehrere k. k. Soldaten zum Treubruche zu verleiten, und für die Zwecke des Anfruhrs zu gewinnen, zu Folge Proklamation Sr. Durchlaucht des Herrn General-Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz, vom 20sten, 23. Oktober, dann 1. November 1848, in Verbindung mit dem 34sten Artikel des Militär-Strafgesetzbuches § 2, zur sechsjährigen Schanzarbeit in schweren Eisen verurtheilt, diese Strafe jedoch in Berücksichtigung seiner persönlichen Eigenschaft auf Befehl Seiner Durchlaucht dd. 15ten d. Mts. in jene des sechsjährigen Festungs-Arrestes ohne Eisen gemildert worden.

Wien, am 14. November 1848.

Durch standrechtliche Sentenz vom 14. d. M. ist 1) Johann Horvath aus Sagh in Ungarn gebürtig, 33 Jahre alt, katholisch, verheirathet, Schuhmacher und Unterlieutenant der zu Hernals bestandenen Nationalgarde, wegen Theilnahme an dem Verbrechen des Aufruhrs, thätige Aufreizung zu einem bewaffneten Ausfalle gegen die k. k. Truppen, und persönliche Leitung dieser Unternehmung zu einer Zeit, als die Nationalgarde zu Hernals die Waffen bereits abgelegt hatte. — 2) Joseph Dangel, Gemeiner der 18. Füsilier-Kompagnie des Linien-Infanterie-Regiments Ritter v. Heß, und 3) Anton Riklinski, Gemeiner der 6. Kompagnie des 1. Landwehr-Bataillons vom Infanterie-Regimente Herzog v. Nassau, wegen treulosen und meineidigen Abfalls von ihren Truppen, Uebergang zu den hiesigen Insurgenten und Theilnahme an dem bewaffneten Aufstande, in Folge der Proklamation Sr. Durchlaucht des Herrn General-Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz vom 20. und 23. Oktober, dann 1. November d. J. zum Tode durch den Strang verurtheilt, die Strafe jedoch, durch Erschießen mit Pulver und Blei an demselben Tage um halb 5 Uhr Nachmittags in dem hiesigen Stadtgraben vollzogen worden.

Wien, am 15. November 1848.

Von der k. k. Militär-Central-Untersuchungs-Kommission.

[Ueber den Verlust des Militärs vor und in Wien] (so schreibt ein österreichisches Blatt) erhalten wir verläßliche Nachricht aus dem Hauptquartier zu Schönbrunn d. d. 10.

Offiziere.	Todte 17.	Verwundete	42.
Mannschaft.	„ 348.	„	800.

Vermißte: 118.

♉ **Wien**, 16. Nov. [Hinrichtung Messenhausers. — Schwarzer und Heine.] Heute morgen um 8 Uhr wurde der ehemalige Oberkommandant der hiesigen Nationalgarde, Messenhauser, nach kriegsrechtlichem Ausspruch im Stadtgraben beim neuen Thor erschossen. Eine große Menschenmasse hatte sich daselbst eingefunden und Messenhauser erschien eiligen Schrittes zu Fuß inmitten einer sehr starken Militärabtheilung, welche sofort ein Quarrée formirte. Messenhauser küßte zweimal das vom Priester dargereichte Kruzifix, warf sodann Mütze und Mantel hinweg, und stand baarhaupt in einem kurzen Sammtrock und Beinkleidern von karrirtem Stoff vor seinen Mördern, denen er eine kurze Anrede hielt, von der aber das entfernte Publikum nichts verstand. Darauf legte er die Hand aufs Herz und kommandirte selber: Feuer. Er stürzte rücklings nieder, da er die Kugeln stehend empfing und sich auch die Augen nicht verbinden ließ. Er starb wie ein Held und wie Blum mit religiöser Ergebung, vertrauend auf die Unbesiegbarkeit der Freiheit. Er hat in den letzten Tagen, bevor er sich freiwillig dem Kriegsgerichte überlieferte, in stiller Einsamkeit eine Denkschrift über die Oktoberrevolution geschrieben, welche demnächst ans Licht treten wird und für die Beurtheilung jener merkwürdigen Ereignisse von der größten Wichtigkeit sein muß. — Schwarzer ist mit seinem Ansuchen wegen Wiedererscheinen seiner Zeitung abschläglich beschieden worden, ein Beweis, daß die Militärherrschaft sogar eine edle und gesinnungsvolle Opposition nicht zu dulden geneigt ist. — Der Bruder des berühmten Heiné, ein ehemaliger Kavallerieoffizier, der jetzt Redakteur des Fremdenblattes ist, geberdet sich als Censor der auswärtigen Blätter auf die schaamloseste Weise.

∗ **Wien**, 16. November. [Hinrichtung Messenhausers. — Befestigungsarbeiten. — Dauer des Belagerungszustandes. — Vermischtes.] Wider alles Vermuthen und nachdem noch gestern Abend eine Extralokomotive mit dem dringenden Begnadigungs-Gesuche hier anwesender Reichstags-Abgeordneten nach Ollmütz gesendet worden, ist der Oberkommandant Messenhauser heut Morgen 9 Uhr im Stadtgraben erschossen worden. Unerschrocken, keinen Affekt verrathend, schritt er zwischen Grenadier-Kompagnien zum Platz der Hinrichtung, richtete dort einige Worte an die Offiziere, — wahrscheinlich die Bitte, selbst Feuer kommandiren zu dürfen, — stellte sich an die Mauer und kommandirte mit unveränderter Miene, die eine Hand in der Tasche, Feuer. Wenigstens drei Kugeln — sechs Jäger schossen — trafen ihn tödtlich, die eine zerschmetterte die Hand in der Tasche. Der antike Muth, mit dem er gestorben, wird die ungemeine Theilnahme erhöhen, die sein Loos allseitig gefunden haben wird und in welcher man bis zum letzten Augenblick an die Milderung des standrechtlichen Erkenntnisses gewärtigte. — Unter den neuerdings Verhafteten befindet sich die Gräfin Reviczka, Frau des verstorbenen ungarischen Hofkanzlers und Gesandten in Florenz, wie man hört, unter der Beschuldigung, polnische Truppen zum Abfall verleitet zu haben. Als die Mörder Latours, die die tödtlichen Streiche gegen ihn geführt, hat die Untersuchung drei Individuen festgestellt, einen Schlossergesellen, einen Nationalgardisten und einen Seidenweber. — Ueber die bereits gemeldeten Befestigungsarbeiten kann ich Ihnen folgende sichere Daten geben. Es war die Wegschaffung der Waffen-, der Artillerie- und der Munitions-Vorräthe von Wien beabsichtigt. Die Unausführbarkeit hat sich jedoch bald dargestellt und es ist der Plan der Artillerie-Direktion angenommen worden, wonach angelegt wrrden: ein Brückenkopf am Tabor, eine Wurf-Batterie am Belvedere und eine militairische Befestigung des Zeughauses. Nächstdem werden auf den Basteien und den Punkten Batterien und Verpallisadirungen — später sind Blockhäuser projektirt — errichtet, wo die Brückenverbindungen mit der Stadt zu bewachen und die größeren Straßen der inneren Stadt zu beherrschen sind. Die Dauer des Belagerungszustandes dürfte sowohl von der Vollendung dieser Arbeiten als auch von der Entscheidung des Krieges gegen Ungarn abhängen. Eine traurige und trübselige Aussicht in Erwägung, daß Ungarn entschlossen ist, den Kampf in Ofen und Pesth bis zum Messer zu führen, so wie daß diese wie Komorn, der Schlüssel der Donau, bis über die Zähne verschanzt und nur durch eine reguläre Belagerung zu nehmen sind. Natürlich unter der Voraussetzung, daß die Treue der Garnison von Komorn aushält und die Vorräthe ausreichen. Messaros ist nach Ollmütz geflüchtet. Dort traf am 12. eine Deputation, einen Bischof an der Spitze, ein, um den Kaiser an den geleisteten Eid zu mahnen und Rettung des Landes von gänzlicher Zerstörung zu erbitten. Se. Majestät antwortete kurz, daß er die bestehenden Wirren nicht herbeigeführt habe. Der Antrag der Ruthenen wegen Separation von dem polnischen Galizien wird bewilligt werden, wie sich dies von dem Ministerium Stadion, des Protektors der Ruthenen, nicht anders erwarten ließ. Galizien wird in 2 Gouvernements getheilt werden, deren Grenze der Sanfluß. — Heut spielen auch die Burg und — zur ersten Eröffnung der Stoger'schen Direktion — die Josephstadt. Wien ohne Presse und Klubbs, ohne Plakate und Waffen, richtet sich wieder ein, in das Theater zu gehen. — Dr. Becher, Redakteur des Radikalen ist erst jetzt ergriffen worden.

∗ **Wien**, 16. November. [Aus Ungarn und Italien.] Nach Berichten aus Göding vom 14. hatte man dort einen Emissär des Kossuth, welcher sich nach Schlesien begeben wollte, um die bereits erstickte Insurektion in kais. Schlesien neuerdings anzufachen, ergriffen, und ins Hauptquartier des General Simonich eingebracht. Nach dem Signalement scheint dieses Individuum Tausenau, Präsident des hiesigen Demokratenvereins, zu sein. — Ein Theil der Vortruppen unsrer gegen Tirnau und Preßburg operirenden Armee ist über die ungarische Grenze vorgeschoben und der Artillerie-Park bei Angarn soll sich heute oder morgen in Bewegung setzen. — Von Venedig wird vom 10ten gemeldet, daß sich Albini mit seiner Flotte wieder nach Ancona gewendet haben soll.

Olmütz, 15. Novbr. [Geldmangel.] Was man voraussehen konnte, ist leider bereits eingetroffen, der Mangel an Silbergeld, ja selbst an Scheidemünze, hat zu Excessen geführt. Und kann es anders sein? Die Garnison, in einer nie dagewesenen Stärke, wird nur mit Papiergeld ausgezahlt, und da laufen denn die armen Soldaten herum, um dasselbe in klingende Münze umzusetzen, wo aber diese hernehmen? Ist es aber ein Wunder, wenn es, besonders bei der Schwierigkeit der Verständigung zwischen den deutschen Städtern und den meist slavischen Soldaten zum Wortwechsel, von diesen zu Thätlichkeiten kommt? Daher fürchten auch alle Kaufleute, Wirthe, Greisler u. dgl. die Zahltage; obwohl es immer heißt, daß nächstens das Militär mit Silber werde ausgezahlt werden.

Sternberg, im Novbr. [Geldmangel.] Um dem drückenden Mangel an Silber und kleiner Scheidemünze abzuhelfen, der auf der ärmeren Klasse am schwersten lastet, haben die Herren Alois Kunze, J. A. Mayer und Gebrüder Gröger in Sternberg Anweisungen auf 10 Kr. Conv.-Münze im Betrage von 2000 Fl. C. M. ausgegeben. Diese Scheine sind mit Nummer und Serie, so wie mit dem Namen der Ausgeber versehen und enthalten die Bemerkung, daß der Betrag der ausgegebenen Anweisungen sicher gestellt ist. Die Größe ist jene der neuen 1 Fl. Banknoten, der Grund fleischfarbig. — Die Namen der Herausgeber haben einen so guten Klang, daß diese Anweisungen von Jedermann bereitwillig als Geld angenommen werden. (N. Z.)

Frankreich.

Paris, 13. November. [Verfassungsfest. — Die Kandidaten zur Präsidentschaft.] Der gestrige Tag ist ohne alle Ruhestörung vorübergegan-

gen. Abends war allgemeine Beleuchtung. Heute dauern die Festlichkeiten fort. Nachmittags von 2 bis 4 Uhr geben die Musikchöre der Truppen und Nationalgarde an acht verschiedenen Orten Volks-Konzerte, denen die Witterung freilich nicht günstig ist. Der Minister des Innern hat an sämmtliche Präfekte ein Rundschreiben erlassen, worin er sie auffordert, für die würdige Ausführung des Dekrets, nach welchem die Verfassung am 19ten in jeder Gemeinde durch den Maire öffentlich verlesen werden soll, zu sorgen und sich wegen des religiösen Theiles der Feier mit der Geistlichkeit zu benehmen. Zugleich fordert er sie auf, die zweckmäßige Vertheilung des auf jedes Departement treffenden Theiles der 400,000 Fr. zu veranlassen, welche die Nationalversammlung für gedachten Tag zur Vertheilung unter die Armen in den Provinzen bewilligt hat. Die übrigen 200,000 Fr. von der bewilligten Gesammtsumme von 600,000 Fr. sind für die Pariser Armen bestimmt. Heute berichtet der Moniteur auch, daß gestern Vormittag in dem Augenblicke, wo die feierliche Verlesung der Verfassung auf dem Konkordienplatze stattfand, die Mitglieder der Kommission, welche den Auftrag hatte, diejenigen Juni-Insurgenten, die dem Wohlwollen des Chefs der vollziehenden Gewalt empfohlen waren, in Freiheit zu setzen, sich in die verschiedenen Gefängnisse von Paris begaben und 149 Verhafteten die Thüren öffnen ließen. Das genannte Blatt fügt hinzu, daß diese Unglücklichen die herzlichen und patriotischen Worte, welche der Präsident der Kommission, Herr Viktor Foucher, der Ueberreichung der Befreiungskarten vorausschickte, mit unbeschreiblicher Rührung aufnahmen.

Das Siècle meldet, aus allen Theilen Frankreichs wären Anfragen an die Repräsentanten gelangt, welcher Kandidat nach ihrer Ansicht im Interesse des Landes zum Präsidenten der Republik zu wählen sei. Eine große Anzahl von Repräsentanten, den verschiedenen Parteien der Versammlung angehörend, hätten sich daher vorgestern Abend versammelt und, weil sie zur festen Begründung der Republik entschlossen seien, einmüthig beschlossen, die Kandidatur des Generals Cavaignac zu genehmigen und diesen Beschluß den Departements bekannt zu machen.

Der Abgeordneten-Verein der Straße Taitbout veröffentlicht ein Rundschreiben an das französische Volk und empfiehlt darin Ledru-Rollin als Kandidaten für die Präsidentschaft.

Lokales und Provinzielles.

...ss **Breslau**, 17. Novbr. [Tagesbericht.] Die Maueranschläge — welche den von der National-Versammlung gefaßten Beschluß der Steuerverweigerung enthalten — werden an allen Ecken von zahlreichen Gruppen gelesen. Es herrscht nur eine Stimme über diese von der Deputirten-Kammer zur Schirmung der Volksrechte getroffenen äußersten Maßregel; man hält sie für eben so gerecht als gefährlich. Alles kommt darin überein, daß die Steuern wohl nach wie vor gezahlt werden müßten, doch nur an solche Behörden, welche zur National-Versammlung stehen und entschlossen sind, die eingelaufenen Gelder einem Ministerium Brandenburg-Manteuffel vorzuenthalten. Auch die von der National-Versammlung gegen das Ministerium gerichtete Anklage ist als Plakat an die Straßenecken geheftet. Das Regierungsgebäude, die Bank, so wie sämmtliche Häuser, in denen Staatsgelder aufbewahrt werden, sind von der Bürgerwehr besetzt. — Auf den Nachmittag war eine Volks-Versammlung ausgeschrieben. Zur festgesetzten Stunde eröffnete Herr Bremer die Versammlung, welche heute wiederum von vielen Tausenden besucht war. Er theilte mit, daß das Dekret der National-Versammlung in Betreff der Steuerverweigerung, so weit es das Volk angehe, bereits in Kraft getreten sei. Sämmtliche Staatskassen sind bereits, wie oben erwähnt, von Bürgerwehrwachen besetzt, die städtischen Behörden sind entschlossen, sich nur dem Willen der National-Versammlung unterzuordnen, aber der Oberpräsident, welcher die Maßregeln für die gesammte Provinz verfügen könnte, habe noch keine definitive Erklärung abgegeben. Mit ausweichenden Antworten dürfe man sich nicht mehr begnügen. Der Oberpräsident bestehe darauf, es müsse ihm eine offizielle Anzeige von dem Beschlusse der National-Versammlung zukommen, bevor er sich entscheiden könne. — Nun frage es sich, was der Herr Oberpräsident hier unter „offiziell" verstehe. Soll die Mittheilung in diesem Falle vom Ministerium ausgehen, dann wäre dies nur eine Ausflucht und der Oberpräsident außer Stande, als erster Beamter der Provinz im Sinne und zum Heile des Volkes aufzutreten. Ist aber der Präsident gemeint, daß ihm der betreffende Beschluß der Kammer von dieser schriftlich mitgetheilt werden müßte, bevor er sich ihm fügen könnte, dann möge unverzüglich eine Deputirter nach Berlin reisen und bis zum 19ten Mittags mit einem vom Präsidenten der National-Versammlung unterzeichneten Schriftstück gedachten Inhalts zurückkehren. Der Redner machte noch den Vorschlag, daß sich sofort eine Deputation zum Oberpräsidenten begebe und nähere und bestimmte Aufschlüsse von ihm fordere. Herr König erwähnte noch einen Fall, in welchem der Oberpräsident sich weigern könnte, indem er daran erinnerte, daß, wenn derselbe sich offen gegen die National-Versammlung erkläre, das Volk zu offenem Widerstande genöthigt sein würde. Herr Mai zählte Alles auf, was in Berlin seit dem 5. Nov. von dem Ministerium gegen die Volksfreiheit begonnen und ausgeführt sei. Unsere Deputirten haben ihre Köpfe aufs Spiel gesetzt, um jenen verrätherischen Absichten zu widerstehen. Sie haben die Steuerverweigerung dekretirt, ihre Stimme ist nach den Provinzen gedrungen, und es sei keine Zeit mehr, nach Schriftstücken und Beweisen zu fragen. Die Zeit drängt, jedes Zögern, den Beschlüssen der National-Versammlung den gehörigen Nachdruck zu verleihen, ist ein Verbrechen. „Also auf zum Oberpräsidenten!" Nachdem auch Herr Dellbrück in diesem Sinne gesprochen und das Volk zu entschiedenem Handeln ermuntert hatte, wurde beschlossen, sich, mit Umgehung des Sicherheitsausschusses, sofort zum Oberpräsidenten zu begeben (s. den folgenden Artikel).

Endlich hat der Kriminalsenat des hiesigen Oberlandesgerichts die Freilassung des Dr. Borchardt verfügt, nachdem mehrere in diesem Sinne gestellten Anträge des Inquisitoriats aufs Entschiedenste waren zurückgewiesen worden. — Um 4 Uhr Nachmittags wurde Dr. Borchardt seiner Haft entbunden und nahm unter stürmischem Jubel der Menge seinen Sitz im Sicherheitsausschusse auf dem Rathhause. Er dankte dem daselbst versammelten Volke für dessen warme Theilnahme, versicherte, daß er dem ehrenvollen Amte, welches er jetzt anzutreten im Begriff sei, stets im Sinne des Rechts und der Freiheit obliegen werde, und brachte schließlich ein Hoch der National-Versammlung, in welches die Versammlung laut einstimmte.

** **Breslau**, 17. Novbr. 6 Uhr Abends. [Die Erklärung des Ober-Präsidenten.] Wie bereits im vorstehenden Artikel erwähnt, wollte das versammelte Volk vom Ober-Präsidenten die bestimmte Erklärung haben, ob er sich dem Beschlusse der National-Versammlung in Betreff der Steuerverweigerung fügen werde, oder nicht. — Die Versammlung stand vor dem Regierungsgebäude und war in sehr erregter Stimmung. Die erste Mittheilung von Dr. Asch, daß der Ober-Präsident dem Magistrate seinen Entschluß bereits mitgetheilt, ließ unbefriedigt. Man drang auf Mittheilung. Dr. Asch begab sich nochmals zum Ober-Präsidenten und brachte sodann der Versammlung die Nachricht, daß der Ober-Präsident die Erklärung abgegeben habe, sich den Beschlüssen der National-Versammlung zu unterwerfen. — Man begnügte sich auch damit nicht und verlangte diese Erklärung von dem Ober-Präsidenten selbst zu hören. — Derselbe erschien auf dem Balkon und äußerte sich, nachdem er die Versammlung begrüßt, etwa in folgender Weise: **Ich habe dem Ministerium bereits meine Willensmeinung dahin ausgesprochen, daß ich den Beschluß der National-Versammlung als bindend erachte. — Ich bin ein konstitutioneller Beamter und werde es bleiben. Nur wundere ich mich, daß bei den Bewohnern Breslau's der geringste Zweifel über diese meine Gesinnung entstehen konnte.**

** **Breslau**, 17. Nov. [Sitzung der permanenten städtischen Kommission.] Ein Schreiben des Herrn Oberpräsidenten ist eingegangen, welcher sich darüber beschwert, daß auch das Innere der Kassenlokale im Regierungsgebäude mit Wachen besetzt worden wäre. Der Magistrat beschließt, dieses Schreiben dahin zu beantworten, daß die ergriffenen Maßregeln nur zur Sicherheit der Kassen getroffen worden. — Der Magistrat richtete heute ein Schreiben an den Präsidenten Starke, in welchem er sich für die Freilassung des Dr. Borchardt verwendet. Mittlerweile war dem Kriminalsenat zu Ohren gekommen, daß die Bürgerwehr beabsichtige, den Dr. Borchardt zu befreien, weßhalb er bei dem Magistrat anfrug, wie es sich damit verhielte. Der letzterer erwiderte, daß sich die Bürgerwehr als solche gewiß nicht an einer Befreiung Borchardt's betheiligen würde.

Der Nachmittag begann sehr stürmisch. Es erschien Deputation auf Deputation; leider war aber die permanente Kommission nicht in beschlußfähiger Anzahl versammelt, so daß in den verschiedenen Anträgen nicht vorgeschritten werden konnte. Endlich um 4½ Uhr war die Kommission beschlußfähig. Zunächst stellte sich eine Deputation des Landwehrvereins ein, welche sich erkundigte, ob Schaufeln, Piken, Beile in genügender Anzahl vorhanden sind. Man entgegnete, daß an gehörigem Orte Erkundigungen eingezogen und die Sache dem Wehramte übergeben werden würde. Es folgte nun eine solche Menge von Deputationen und Anträgen, daß es unmöglich war, sie im Gedächtniß zu bewahren, geschweige denn aufzuzählen. Unter andern erschien ein Abgeordneter der Bürgerwehr zu Ratibor, welcher beantragte: daß eine Versammlung von Abgeordneten sämmtlicher Städte in Schlesien in Breslau zusammenberufen werden möge, um sich dahin zu erklären, daß, wenn die Nationalversammlung nicht binnen 2 Tagen frei von Militärgewalt berathen könne, ganz Schlesien sich zu ihren Gunsten erheben würde. — Mittlerweile war ein Schreiben des Oberpräsidenten eingelaufen, welches in Bezug auf die gestern durch eine Deputation angeregte Steuerverweigerungsfrage dahin lautete, daß der Magistrat sich mit einer schriftlichen Erklärung an ihn wenden möge.

Um 5 Uhr erschien Herr Dr. Borchardt in der Sitzung. — Es wird ein Schreiben an den Oberpräsidenten von Seiten des Magistrats angefertigt, in welchem einestheils der durch die gestrige Deputation ausgesprochene Beschluß der städtischen Behörden in Bezug auf die Steuerverweigerung mitgetheilt wird, anderntheils der Oberpräsident aufgefordert wird, schriftlich zu erklären, daß er dem letzten Beschlusse der Nationalversammlung beitrete und demselben gemäß handeln werde. — Es erscheint eine Deputation einer großen Volksmenge, welche sich vor dem Inquisitoriate angesammelt, um die Freilassung des Zimmergesellen Schäge und des Schneiders Falkenhain zu erwirken; sie ersucht die permanente Kommission, sich dafür zu verwenden. Es wird entgegnet, daß die Kommission in der Angelegenheit Erkundigungen einziehen und nach den Ergebnissen handeln werde; übrigens möge die Deputation das Ihrige dazu beitragen, daß die so nothwendige Ruhe und Ordnung aufrecht ethalten werde.

In Bezug auf den Antrag des Abgeordneten aus Ratibor wurde beschlossen: daß, weil die Zeit und die gewaltigen Ereignisse eine geregelte Einberufung von Vertrauensmännern der schlesischen Städte nicht gestatten, zunächst eine Proklamation an die Provinz Schlesien zu erlassen, in welcher der Standpunkt, auf welchem Breslau gegenwärtig stehe, auseinandergesetzt, und die Provinz zum Beitritt aufgefordert werde; die beitretenden Städte sollten dann Vertrauensmänner hierher senden, um eine rege Verbindung zwischen der Hauptstadt und der Provinz zu erhalten. Es wurde sofort eine Kommission gebildet, um eine solche Proklamation zu entwerfen.

Um 7 Uhr ging das Antwortschreiben des Ober-Präsidenten auf das oben erwähnte Schreiben des Magistrats ein. Dasselbe lautet:

„Einem Wohllöbl. Magistrate mit der Eröffnung: daß ich bereits dem königl. Staatsministerium angezeigt habe, daß ich, falls sich die Nachrichten von dem allegirten Beschlusse der National-Versammlung bestätigt, nach meinen konstitutionellen Ansichten diesen Beschluß **als die nothgedrungene Abwehr der gegen dieselbe ergriffenen, unkonstitutionellen Maßregeln betrachte, und daher mich außer Stande befinde, diesem Beschlusse entgegenzutreten, falls weine Einwirkung dazu in Anspruch genommen würde.** — Dieser Erklärung habe ich nur beizufügen, daß ich jeder wider die konstitutionelle Monarchie und die öffentliche Ordnung gerichteten Bestreben mit allen gesetzlichen Mitteln entgegentreten würde. Pinder."

Um 9 Uhr erschien die Kommission, welche mit Abfassung der Proklamation beauftragt war, wieder in der Sitzung. Gleichzeitig erschien eine Deputation des hiesigen Landwehrvereins und beantragte, daß die noch unbewaffneten Landwehrmänner, in Stärke eines Bataillons, mit Gewehren versehen würden. Die genannte Kommission nahm diesen Antrag, in Folge seiner Dringlichkeit, sofort in Berathung.

Es wird beschlossen, daß diejenigen Landwehrmänner, die noch nicht in der Bürgerwehr aufgenommen sind, Behufs ihrer Bewaffnung in die Compagnien ihrer Bezirke eintreten sollten.

Breslau, 17. November. Vom 13. bis incl. 18. d. M. werden Seitens der hiesigen Stadtbaudeputation bei öffentlichen Bauten 71 Maurergesellen, 23 Zimmergesellen, 4 Steinsetzer und 477 Tagearbeiter beschäftigt.

Im vorigen Monat haben das hiesige Bürgerrecht erhalten: 1 Brauer, 7 Kaufleute, 1 Venditor, 1 Orgelbauer, 1 Produktenhändler, 2 Kürschner, 1 Maurermeister, 1 Schmied, 1 Handelsmann, 2 Bäudler, 2 Lohnkutscher, 3 Hausbesitzer, 1 Fleischer, 1 Kommissionär, 2 Restaurateure, 1 Schankwirth, 1 Tapezirer, 1 Stubenmaler, 2 Schuhmacher, 2 Schneider, 1 Fischhändler, 1 Schlosser, 1 Barbier und 1 Schnittwaarenhändler. Von diesen sind aus den preußischen Provinzen 37 (darunter aus Breslau 10) und aus dem Königreich Sachsen 1.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Oberpegel 16 Fuß 5 Zoll und am Unterpegel 4 Fuß 4 Zoll, mithin ist das Wasser seit d. 11. d. am ersteren um 1 Fuß 3 Zoll und am letzteren um 2 Fuß wieder gestiegen.

In dem Zeitraum vom 15. Okt. bis incl. 11. d. M. sind überhaupt 214 Individuen (exclusive des Bestandes vom 14. Oktober von 35 Personen) polizeilich verhaftet worden, und zwar wegen Einbruch, Diebstahl, Diebeshehlerei und Ankauf gestohlenen Gutes 42 männl. u. 8 weibl., wegen Betrug 5 männl., wegen Widersetzlichkeit gegen Abgeordnete der Obrigkeit 3 männl., wegen Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung 20 männl. u. 3 weibl., wegen puartierlosem, resp. verdächtigen Herumtreiben und lüderlichen Lebenswandel 86 männl. u. 39 weibl., wegen erstem und rückfälligen Betteln 8 männl., zus. 164 männl. u. 50 weibl. Dagegen sind auf freien Fuß gestellt 62 männl. u. 13 weibl., mit Paß entlassen 12 männl., transportirt 4 männl. u. 2 weibl., an verschiedene Behörden überliefert 82 männl. u. 39 weibl., gestorben 1, zus. 161 männl. u. 54 weibl.

---

* **Liegnitz**, 16. November. [Soldaten-Exzesse. — Die hiesige Regierung interpellirt das Bürgerwehr-Commando. — Munition. — Liegnitz bleibt eine Militärstadt.] Seit dem theilweisen Belagerungszustande, in welchem sich Liegnitz vom 30. v. M. ab befindet, sind bereits mannigfache Klagen darüber laut geworden, daß einzelne Soldaten, namentlich vom 5. Regimente, sich Freiheiten erlauben, welche in der That über allen Spaß hinausgehen und die auf Handlungen, wie sie der Ausdruck gebildeter Menschen sind, durchaus nicht Anspruch machen können. Diese Leute scheinen es absichtlich darauf anzulegen, in Konflikt mit den Bürgern zu gerathen und ein Verhältniß herzustellen, welches namentlich für die gegenwärtige Zeit als sehr bedenklich bezeichnet werden müßte. Es sind bereits eine Menge Civilpersonen beiderlei Geschlechts auf offener Straße angefallen und gemißhandelt worden. Ein Invalide, der sich erlaubte, einer maltraitirten Frauensperson Schutz angedeihen zu lassen, wurde von einigen Soldaten des bezeichneten Regiments auf die empörendste Weise gemißhandelt. Man warf ihn zu Boden, trat ihn mit Füßen und brachte ihm dadurch namentlich bedeutende Verwundungen bei. Der Sicherheitsausschuß hat geglaubt, einem solchen verwerflichen Treiben nicht länger mehr stillschweigend zusehen zu können. Er schickte deshalb eine Deputation an den General-Major v. Stößer mit der Bitte, diesem ungesetzlichen Treiben doch mit Kraft entgegen zu wirken. Der Herr General soll es bedauert haben, daß solche betrübende Ausbrüche niedriger Leidenschaften vorgefallen sind. Nach seiner Zusage wird von seiner Seite alles Mögliche geschehen, daß einem derartigen rohen Treiben gesteuert weroe. Wir dürfen hoffen, daß er Denjenigen zu strenger Verantwortlichkeit ziehen wird, der sich auf einer derartigen That ertappen läßt. — Aus zuverlässiger Quelle ist uns die Mittheilung gemacht worden, daß die königl. Regierung an das hiesige Bürgerwehrkommando die Forderung gestellt habe, schleunigst zu beantworten, ob die durch die Zeitungen und auf anderem Wege verbreiteten Gerüchte wahr seien, daß die Liegnitzer Bürgerwehr sich der Breslauer zur Disposition gestellt habe. Es scheint diesem von der Behörde gethanen Schritte eine falsche Auffassung der Sachlage zum Grunde zu liegen. Es ist allerdings von der hiesigen Bürgerwehr eine Deputation an die Centralkommission der Breslauer Bürgerwehr mit dem Auftrage geschickt worden, Letzterer zu erklären, daß sie zur Wahrung der verfassungsmäßigen Freiheit und der gesetzlichen Ordnung nach § 1 des Bürgerwehrgesetzes auf die Zustimmung hiesiger Stadt rechnen könne. Es ist also davon, daß man sich den Breslauern zur Disposition stellen wolle, durchaus nicht die Rede gewesen. — Um für die Zahl der hiesigen Bürgerwehrmannschaft im Fall etwaiger Eventualitäten die nöthige Munition zu haben, ist an unsern Magistrat das Gesuch gestellt worden, noch 10,000 St. scharfe Patronen zu der bereits vorhandenen eben so großen Anzahl anfertigen zu lassen. Der Magistrat hat das qu. Gesuch der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt, und ist von solcher die Abstimmung zu Gunsten desselben ausgefallen. — Auf Grund der schriftlichen Versicherung der vorigen Minister des Krieges und des Innern, daß die überaus großen Militärkräfte, welche man hier und in der Umgegend zusammengezogen, nur dazu dienen sollen, die Einkleidung der Landwehr zu sichern, haben der Magistrat und die Stadtverordneten dem General v. Stößer den Wunsch zu erkennen gegeben, daß, da dieser Zweck nunmehr erreicht sei, die Besatzung unserer Stadt wieder auf die sonst gewöhnliche Garnisonstärke reduzirt werden möge. Ziehen wir aber gewisse Vorkehrungen, welche von Seiten der Behörde getroffen werden, in Erwägung, so dürfen wir mit aller Bestimmtheit aussprechen, daß eine Verminderung der hier angehäuften Truppen binnen Kurzem nicht in Aussicht steht. In dem einen Theile des hiesigen königl. Schlosses werden nämlich die untern Räume zur Aufnahme von Soldaten, resp. zu einer Kaserne eingerichtet. Dasselbe will man ebenfalls mit den Lokalitäten thun, welche im Jungfernkloster durch die Verlegung des Landwehrstammes nach Jauer leer geworden sind. Es eröffnet sich uns also die Aussicht, daß Liegnitz nicht nur eine wirkliche Militärstadt bleiben, sondern noch in einem größeren Umfange zu einer solchen gemacht werden wird.

---

‡ **Glogau**, 16. November. [Conflicte. — Die bäuerlichen Deputirten des Kreises sind von dem Könige vorgelassen worden. — Die Klubbs.] Seit einigen Tagen jagen sich die neuen Ereignisse förmlich auch in unserer sonst so ruhigen Stadt. Am vergangenen Sonntage wurde im benachbarten Dorfe Brostau eine große (in der Bresl. Zeit. bereits erwähnte) Volksversammlung abgehalten. Montag früh gingen die bäuerlichen Deputirten ab und die von Glogau abgesandten kamen unverrichteter Sache zurück. Dienstag den 14. gab es mehrere Conflikte. Die Comités der hiesigen Vereine hatten nämlich mehrere Plakate drucken und an die Straßenecken kleben lassen. Diese Zettel wurden nun von Militärpersonen abgerissen. Heute hatte man die Berichtigung einer Berüchtigung (betreffend einen Artikel der Zeitungshalle) angeklebt und neben jeden Zettel einen Mann Militärwache gestellt:. Gegen Mittag fuhren mehrere Soldaten mit den Säbeln unter die für die National-Versammlung sprechenden Plakate und zerrissen sie. Einige Handfeste vom Civil setzten diese Soldaten zur Rede und es entstanden an einigen Orten kleine Balgereien, die aber bald beendigt wurden, als einige Offiziere den Soldaten befahlen, den Platz sogleich zu verlassen. Am Abend hörte man dafür auf mehreren Gassen von Einzelnen: „Ich bin ein Preuße" singen. **Mittwoch den 15. kamen die bäuerlichen Deputirten zurück. Sie haben sich ihres Auftrags entledigt und sind nicht eher abgegangen, bis sie den König gesehen und ihn gesprochen haben.** Natürlich ist ihm auch das Schriftstück übergeben worden. Freilich wird dadurch die Sache selbst wenig verändert werden; indeß ist jetzt der Krone einmal Gelegenheit geworden, die schlichte Sprache schlesischer Landleute in unserer ernsten Zeit zu hören. Gie Leutseligkeit der Minister und anderer hohen Staatsbeamten, so wie deren Bemühung, unsere Deputirten eines Bessern zu belehren, hat die Bauern in nicht geringes Staunen versetzt. **Die Antwort des Königs soll gelautet haben: „Man will mir die Krone nehmen, wie bei der französischen Revolution 1792, dieses werde ich aber, so wahr ein Himmel über mir ist, nicht zugeben."** — Unsere Klubbs haben gestern den Beschluß gefaßt, eine Erklärung an **sämmtliche Behörden unserer Stadt**, unterzeichnet von Glogau's Bürgerschaft und andern Bewohnern ergehen zu lassen, worin diese aufgefordert werden, zu erklären, **ob sie jetzt sich auf Seite der** vom Volke anerkannten **Nationalversammlung, oder des Ministeriums Brandenburg stellen.**

---

* **Görlitz**, 16. Nov. [Adresse.] Ich beeile mich, Ihnen folgende Adresse an die Nationalversammlung mitzutheilen:

„Die unterzeichneten Vereine der Stadt Görlitz, durchdrungen von der heiligen Pflicht, in der gegenwärtigen Zeit der Gefahr und der Noth des Vaterlandes fest zusammen zu halten und einzustehen einer für den andern, erklären hiermit vereint und feierlich, daß die preußische Nationalversammlung zu Berlin durch ihre unerschütterliche Festigkeit in der Vertheidigung der mit Bürgerblut schwer errungenen, jetzt aber von einem volksfeindlichen Ministerium aufs Neue in Frage gestellten Rechte des Volkes sich um Preußen und Deutschland wohl verdient gemacht und dadurch den nimmer verjährenden Dank des jetzigen und der kommenden Geschlechter sich gesichert hat. Sie erklären, daß sie den gesetzlichen Boden nicht zu verlassen, aber eben deshalb mit mit Gut und Blut zur gerechten Sache des Volkes zu stehen entschlossen sind, wann und wie irgend die versammelten Vertreter der Nation über ihre Kräfte zu gebieten, sich veranlaßt sehen werden. Die Vorsehung aber wird segnen den Kampf für das Recht und zu Schanden werden lassen die frevlerischen Pläne der Widersacher des Vaterlandes!

Görlitz, den 14. November 1848.

Der politische Verein. Der Bürgerverein.
Der deutsche Verein.

---

* **Schmiedeberg**, 15. November. [Adressen.] An die National-Versammlung zu Berlin so wie an die dortige Bürgerwehr sind von Seiten der hiesigen Bürgerwehr kräftige Anerkennungs-Adressen abgegangen, welche einerseits der großartigen Haltung jener beiden Körperschaften den Zoll ungetheilter Bewunderung abstatten, andererseits das feierliche Versprechen aufopfernder Hingebung und Treue leisten, falls die rohe Gewalt alle Schranken des Gesetzes und der Volksachtung überschreiten sollte.

---

* **Frankenstein**, 13. November. [Adresse.] In Vereinbarung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, und auf einstimmigen Beschluß der Letztern, ist heute nachstehende Adresse nach Berlin abgegangen:

Die neuesten Ereignisse in Berlin und die bedauerlichen Konflikte zwischen Krone und Einer hohen National-Versammlung haben unser patriotisches Herz tief betrübt, aber auch für Eine hohe National-Versammlung mit erneuerter Hochachtung erfüllt.

Wir sind mit Hochderselben festen und würdigen Handlungsweise vollkommen einverstanden und bitten Eine hohe National-Versammlung ganz gehorsamst, in derselben konsequent fortzufahren, jedoch mit der uns selbst empfohlenen Ruhe und Gesetzlichkeit; damit je eher desto besser die volksthümliche konstitutionelle Verfassung auf der breitesten Grrndlage, wie sie uns verheißen worden ist, zu Stande komme.

Der Magistrat. Die Stadtverordneten-Vers.

(Breslau.) In dem Bezirke des königlichen Oberlandesgerichts zu Breslau wurden befördert: der Referendarius Wissowa zum Ober-Landes-Gerichts-Assessor; der Referendarius Aloys Lorenz II. zum außeretatsmäßigen Stadt-Gerichts-Assessor; der interimistische Gerichtsdiener und Exekutor Brachmann bei dem Land- und Stadt-Gericht zu Brieg definitiv als solcher. — Versetzt: Der Land- und Stadt-Gerichts-Direktor, Kreis-Justiz-Rath Krause zu Glaz als Rath an das Land- und Stadt-Gericht zu Stettin; der zum außeretatsmäßigen Land- und Stadt-Gerichts-Assessor ernannte Referendarius Niederstetter an das Land- und Stadt-Gericht zu Oppeln; der Referendarius Drenkmann an das Ober-Landes-Gericht zu Ratibor; der Referendarius Wilhelm Schneider an das Ober-Landes-Gericht zu Frankfurt a. O.; der Auskultator von Debschütz von dem Ober-Landes-Gerichte zu Glogau an das Land-Gericht zu Breslau; der Auskultator Fritsch von dem Ober-Landes-Gerichte zu Ratibor, der Auskultator Fromholm von dem Ober-Landes-Gerichte zu Glogau, der Auskultator Rosenberger von dem Ober-Landes-Gericht zu Ratibor, der Auskultator Walter von dem Ober-Landes-Gericht zu Ratibor, ad 6 bis 9 an das Stadt-Gericht zu Breslau.

Der Kaufmann Samuel Beerel in Guhrau wurde als Agent der Schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft für Guhrau und Umgegend bestätigt.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche v. 29. Okt. bis 4. Nov. d. J. 14262 Personen und 38773 Rtlr. 10 Sgr. 8 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport ꝛc. vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Kontrole.

Niederschlesische Zweigbahn.

Auf der Niederschlesischen Zweigbahn wurden im Monat Oktober d. J. befördert:

9015 Personen für	3585 Rtr.	18 Sgr.	8 Pf.
126 Ctr. 96 Pfd. Gepäck Ueberfracht und 4 Equipagen für	127 „	6 „	6 „
59 Stück Vieh und $1\frac{1}{2}$ Ctr. Geflügel für	111 „	24 „	6 „
16603 Ctr. Güter für	1459 „	13 „	9 „
Dazu Einnahme an Extraordinarien mit	244 „	21 „	— „
Summa der Einnahme	5528 Rtlr.	24 Sgr.	5 Pf.

Zweite Beilage zu № 271 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 18. November 1848.

Inserate.

Seit gestern Mittag bis heute Mittag sind nach amtlicher Meldung an der Cholera 4 Personen erkrankt, 2 genesen und 2 gestorben.

Breslau, den 17. November 1848.

Königliches Polizei-Präsidium. Kuh.

Außerordentliche Versammlung der Stadtverordneten

Sonntag den 19. November, Vormittag präcise 11 Uhr.

Die wichtigsten Gegenstände der Berathung sind: Einige dringliche Bewilligungen und Wahlen ꝛc.

Der Vorsteher Dr. Regenbrecht.

Bekanntmachung.

Der über unsere Stadt vom königl. Staatsministerio vom 12ten d. M. verhängte Belagerungszustand macht es unmöglich, den auf

den 22. November d. J.

ausgeschriebenen Städtetag abzuhalten.

Wir sind daher in die Nothwendigkeit versetzt, denselben hiermit aufzuheben, und die beschlossene gemeinsame Berathung über die Grundprinzipien einer neuen Gemeindeordnung einer spätern Zeit vorzubehalten.

Wir unterlassen nicht, die verehrlichen Vorstände der Stadtgemeinden von dieser Lage der Sache ergebenst in Kenntniß zu setzen.

Berlin, den 14. November 1848.

Der Magistrat.

Die **Landwehr des 1. und 2. Aufgebots**, die sich als „Allgemeiner Landwehr-Verein" für Breslau und Schlesien konstituirt hat, erklärt hiermit, daß sie sich ganz zur Verfügung der hohen National-Versammlung stellt, und ersucht die gleichgesinnten Landwehrmänner ganz Preußens, resp. Schlesiens, sich dieser Erklärung öffentlich anzuschließen. Sie erkennt in dem jetzigen Ministerium, was die hohe National-Versammlung des größten Verbrechens zu beschuldigen den Beschluß gefaßt, welchem sie auch die Steuern verweigert hat, keine gesetzliche Behörde, und zwar in Folge des § 3 ihres Statuts, nach welchem sie verpflichtet ist, alle reaktionären Gelüste entschieden zurückzuweisen und weil der Ober-Präsident von Schlesien öffentlich erklärt hat, daß er die Beschlüsse der hohen National-Versammlung vollkommen als bindend betrachte.

Der allgemeine Landwehr-Verein für Breslau und Schlesien.

An ein königliches hohes Staats-Ministerium zu Berlin.

Die allerhöchste Botschaft v. 8. November d. J. bezüglich die Vertagung und Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung zusammenberufenen National-Versammlung von Berlin nach Brandenburg, ist vielfach als ein Gewaltstreich verschrieen und der hohen Staatsregierung zu dieser Maaßregel die verfassungsmäßige Befugniß abgesprochen worden.

Der unterzeichnete Verein, welcher nicht allein aus Mitkämpfern in den Jahren 1813—15, die fast alle für Thron und Vaterland geblutet haben, sondern größtentheils aus Grundbesitzern und Bürgern der Provinz Schlesien besteht, erklärt daher hiermit offen und frei: daß er die Krone zu obigem Schritte für ebenso gesetzlich berechtigt als verpflichtet hält und zwar

1) berechtigt, weil das Gesetz vom 8. April d. J., auf Grund dessen die Nationalversammlung zusammengetreten ist, keine Bestimmung darüber enthält, wo der Sitz der Versammlung sein solle und die Wahl des Versammlungsortes somit der Krone überläßt;
2) verpflichtet, weil unter den Umständen, welche in Berlin obwalteten, diese Maßregel das einzige Mittel war, die Versammlung dem Terrorismus, der dort gegen sie geübt wurde zu entziehen und mit der Freiheit der Berathung, die Würde derselben wieder herzustellen.

Indem wir uns daher mit der angedeuteten Maßregel vollkommen einverstanden erklären, sprechen wir gleichzeitig unsere feste Ueberzeugung aus: daß die Krone diejenigen Verheißungen erfüllen werde, welche von ihr dem preußischen Volke gemacht worden sind.

Breslau, den 16. November 1848.

Der Veteranen-Haupt-Verein für Schlesien.

Nachstehende Adresse:

Die unterzeichneten Bewohner des Spremberger Kreises erklären hiermit übereinstimmend:

1) daß sie die Verlegung und Vertagung der National-Versammlung, unter den obwaltenden Umständen und ohne vorherige Verständigung mit derselben, für nicht gerechtfertigt halten,
2) daß sie die Schließung und militärische Besetzung des Sitzungslokals, sowie überhaupt den Nachdruck und die Beschleunigung, welche die Regierung bei Ausführung ihrer Maßregeln, namentlich auch bei Auflösung der Bürgerwehr in Anwendung gebracht und womit sie das ganze Land in Aufregung und Unglück gestürzt hat, entschieden mißbilligen.
3) daß das Ministerium Brandenburg die gesetzlichen Freiheiten bedroht und zum Theil vernichtet hat,
4) daß sie die würdige Haltung, welche die National-Versammlung seit der ihr eröffneten Vertagung beobachtet hat, anerkennen und
5) daß sie das ruhige und besonnene Benehmen der Einwohnerschaft Berlins, in diesen ereignißreichen Tagen, in seiner moralischen Höhe vollkommen würdigen.

Spremberg, den 14. November 1848.

Folgen 391 Unterschriften.

ist heut beschlossen und dem Präsidenten der National-Versammlung, Herrn von Unruh, übersandt worden.

Lauban, 16. Novbr. Von dem hiesigen Vereine für volksthümliche Verfassung und den damit verbundenen Zweig-Vereinen: Schreibendorf, Geibsdorf, Mittel-Thiemendorf, Stolzenburg und Neukretscham, Langenöls, Holzkirch und Kerzdorf, Schwerta, Volkersdorf, Lichtenau, Pfaffendorf, Gebhardsdorf; dem Volks-Vereine zu Marklissa mit seinen Zweig-Vereinen: Beerburg, Schadwalde, Hartmannsdorf, Oertmannsdorf, Ober- und Mittel-Gerlachsheim, Rengersdorf und Ober-Steinkirch, und der hiesigen Bürgerwehr ist nachstehende Adresse an die National-Versammlung in Berlin:

Vertreter des Volks!

Die größte Entrüstung haben die jüngsten Ereignisse im Lande hervorgerufen! — Mit tiefstem Schmerze sahen wir die Krone den **Weg der Vereinbarung** verlassen; Mit dem heftigsten Unwillen erfüllte uns das **treulose, den Verheißungen des März widersprechende Gebahren des hochverrätherischen Ministeriums Brandenburg!** — Dem Allen seid Ihr mit Entschiedenheit und Würde entgegengetreten. Darum erklären wir hiermit feierlichst, daß wir mit Euern Beschlüssen in den denkwürdigen Sitzungen des 8., 9. und 10. November vollkommen einverstanden sind. **Nur das gesammte Volk und Ihr, seine Vertreter,** habt das Recht, Eure Versammlung zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen. Harret darum muthvoll auch ferner aus an der Stätte, an welche Euch das Vertrauen des gesammten Volkes berufen hat! — **Wir stehen und fallen mit Euch! Wir sind bereit im äußersten Falle Gut und Blut für Euch hinzugeben!** — Gott segne Euch! Gott segne das Vaterland!

Lauban, den 11. November 1848.

und folgende Adresse an die Bürgerwehr Berlins:

Bürgerwehr Berlins!

Wackere, deutsche Brüder!

Mit wahrhafter Freude haben wir vernommen, daß Ihr bereit seid, die blutig errungene Freiheit unsers Vaterlandes, **die man wiederum unter den knechtenden Fuß des Despotismus beugen will,** mit Gut und Blut zu schirmen und zu schützen. — Ihr habt Euch den wärmsten Dank des Vaterlandes erworben und Euch um dasselbe unvergeßlich verdient gemacht! — Haltet darum fest mit Muth und Besonnenheit in dieser ächt deutschen Gesinnung! — Schlägt die Stunde der Gefahr, dann ruft uns! — Auch wir wissen, **für Recht, Freiheit und Vaterland zu siegen oder zu sterben. Unerschütterlicher Muth, kalte Besonnenheit, wahrhaft brüderliche Einigkeit müssen und werden die in Gefahr schwebende Freiheit des Vaterlandes retten!** —

Lauban, den 11. November 1848.

am 13ten d. M. abgesandt worden. — Auch hat der Magistrat und die Stadtverordneten Laubans in seiner in demselben Sinne abgefaßten Adresse an die National-Versammlung zu Berlin vom 13ten d. M. letztere gegenwärtig als die alleinige Regierungsgewalt im Staate anerkannt.

Herr Forst-Inspektor v. Ehrenstein zu Nauden.

Sie haben gegen mich verläumderische Anschuldigungen verbreitet, welche meine Ehre verletzen.

Schon am 22. Septbr. d. J. habe ich Sie schriftlich aufgefordert: Sich über die in Umlauf gebrachten Gerüchte binnen 8 Tagen zu rechtfertigen. Da Sie es aber nicht für angemessen fanden, mir bis jetzt brieflich zu antworten: so wähle ich den Weg der Oeffentlichkeit und fordere Sie hierdurch nochmals auf: mir binnen kürzester Frist genügende Ehren-Rechtfertigung zu geben, widrigenfalls ich mir diese, auf jede mir zuständige Weise, zu verschaffen wissen werde. — Das Organ der vorliegenden Zeitung dürfte am geeignetsten sein, Ihre Gegenerklärung aufzunehmen.

Kieferstädtel, den 11. Novbr. 1848.

Bode, herzoglicher Gutspächter.

Theater-Nachricht.

Sonnabend, zum ersten Male: **„Das Sonntagsräuschchen."** Original-Lustspiel in einem Akt von Wilhelm Floto. — Personen: Kommerzienrath Andrée, Herr Stotz. Caroline, dessen Tochter, Frln. Senger. Fritz Förster, dessen Neffe, Student, Herr Mende. Graf v. Bergen, Herr Guinand. Konrad, Bedienter, Herr Schöbel. — Hierauf, neu einstudirt: **„Die Schleichhändler."** Lustspiel in 4 Akten von Raupach.

Als Verlobte empfehlen sich:

Henriette Blumenreich.

Fabian Danziger.

Gleiwitz. Neustadt O. S.

Entbindungs-Anzeige.

Die heutige glückliche Entbindung meiner Frau von einem gesunden Knaben, beehre ich mich Freunden und Bekannten anstatt besonderer Meldung hiermit ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 16. November 1848.

G. B. Strenz.

Entbindungs-Anzeige.

Die am heutigen Tage erfolgte Entbindung meiner geliebten Frau von einem gesunden Mädchen, zeige ich hiermit ergebenst an.

Leubus, den 14. Novbr. 1848.

Herrmann Mentzel.

Entbindungs-Anzeige.

Heute wurde meine Frau von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden, welches ich Freunden und Verwandten statt besonderer Meldung hiermit ergebenst anzeige.

Krampitz, den 16. November 1848.

Demmich.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes heilgem Rathschluß starb am heutigen Morgen 4½ Uhr plötzlich am Blutsturz unser guter Vater und Schwiegervater, der hiesige Bürger und gewesene Lohnfuhrmann und Baumaterialien-Händler Carl Gottlieb Auras in seinem noch schönen Alter von 55 Jahren und 2 Monaten, hiermit seinen alten Freunden und Bekannten zur Nachricht, mit der Bitte, um stille Theilnahme.

Breslau, den 17. November 1848.

Die Hinterbliebenen:

Johanne Auras, geb. Herder, als hinterlassene Wittwe.

Carl Auras, Julie Auras, } als Kinder.

Eleonore Auras, geborene Philipp, als Schwiegertochter.

Friedrich Baum, als Schwiegersohn.

Todes-Anzeige.

(Verspätet.)

Heute früh 1½ Uhr verschied sanft nach vierwöchentlichen Leiden am Nervenfieber, unsere inniggeliebte Gattin und Mutter Antonie v. Chappuis geborne Mikette. Tief betrübt zeigen wir dies allen Verwandten und Freunden mit der Bitte um stille Theilnahme ergebenst an.

Jauer, den 14. November 1848.

Louis von Chappuis, als Gatte.

Antonie, Marie, Alexandrine, Helene und Louis von Chappuis, als Kinder.

Todes-Anzeige.

Nach nur dreitägigem Krankenlager entschlief heut Vormittag im festen Glauben an ihren Erlöser, zu einem besseren Leben unsere innig geliebte Tochter, Schwester und Schwägerin Louise Mirbt, in dem blühenden Alter von 21 Jahren und 7 Monaten. Dieses zeigen, statt besonderer Meldung, allen Freunden und Bekannten an:

Die Hinterbliebenen.

Gnadenfrei, den 15. Novbr. 1848.

Todes-Anzeige.

Vorgestern entschlief nach nur siebzehnstündiger Krankheit, an der Brechruhr, meine gute Frau Mathilde, geb. Opitz, zu einem bessern Leben. Meinen und meiner noch vier unerzognen Kinder namenlosen aber gerechten Schmerz werden alle Freunde und Bekannte zu würdigen wissen.

Jarocin, den 16. Novbr. 1848.

Kühn, Pastor.

Anfrage an die Hrn. Aerzte.

Giebt es gegen die hier und da sich zeigende Latenensucht, die vereinzelt und nicht ansteckend jetzt mitunter zum Vorschein kommt, ein Remedium?

Wenn schon die Krankheit noch neu ist und sich jetzt in ganz gesunden Gegenden zeigt, so dürfte doch den Aerzten in Glogau (wegen den 16) und dem Leibarzt des Expräsidenten Paul von Nimptsch besonders damit sehr gedient sein.

Bei seiner Abreise von Breslau nach Posen sagt allen seinen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl:

Dr. J. Nawitz.

Breslau, den 16. November 1848.

Aufforderung.

Als Testaments-Exekutor meines in Breslau verstorbenen Vaters, des Partikulier Nehemias Lohnstein, fordere ich die etwaigen Gläubiger desselben hierdurch auf, sich binnen drei Monaten bei mir zu melden und ihre Forderungen zu dokumentiren.

Breslau, den 1. November 1848.

Louis Lohnstein,

Blücherpl. 14.

Der polnische Pfandbrief Litt. B. Nr. 221,973 à 5000 Fl., nebst dazu gehörigen 12 Coupons ist dem rechtmäßigen Besitzer veruntreut worden, weßhalb vor dem Ankauf desselben gewarnt wird.

Dresden, den 14. November 1848.

Adv. **H. Leupold,**

Webergasse Nr. 17.

Breslauer Reitbahn-Gesellschaft.

Die Herren Actionäre der genannten Gesellschaft, werden zu einer General-Versammlung auf
Montag den 4. Dezember d. J. Nachmittags 4 Uhr,
im Lokal der Börsen-Versammlungen eingeladen, um sowohl über die Weiterverpachtung der Reitbahn zu berathen, als über einen die gegenwärtige Pacht mögliche Dividendenvertheilung betreffenden Vortrag zu beschließen.

Nichterschienene oder gehörig Vertretene sind an die Beschlüsse der Anwesenden gebunden.

Breslau, den 13. November 1848. **Das Direktorium.**

Hierdurch beehre ich mich, einem verehrungswürdigen Publiko die ergebene Anzeige zu machen, daß ich meine

Haupt-Niederlage für Schlesien

mit dem Eintritt des Herrn **Herrmann Hammer** in das Geschäft des Herrn

Carl Friedrich Keitsch in Breslau

auch in diese ehrenwerthe Handlung verlegt habe.

Der Herr **Carl Friedrich Keitsch** ist von allen Sorten meiner

Dampf-Chokolade
und Gesundheits-Präparate

mit großen Vorräthen versorgt, und auch im Stande, zu den **Fabrikpreisen** zu verkaufen. — Preislisten und Gebrauchsanweisungen werden stets gratis verabfolgt.

Frankfurt a. d. O., im November 1848.

J. G. Mielke,
Dampf-Chokoladen-Fabrik-Besitzer.

Mit Bezug auf vorstehende Annonce empfehle ich meine **Haupt-Niederlage** der so außerordentlich beliebten **Dampf-Chokolade** aus der Fabrik des Herrn **J. G. Mielke** in **Frankfurt a. d. O.**, und bemerke zugleich, daß ich nach dem Preis-Courant und mit dem üblichen Fabrik-Rabatt an Wiederverkäufer verkaufe.

Breslau, im November 1848.

Carl Friedrich Keitsch,
Stockgasse Nr 1.

Karlsstraße Nr. 22, 1ste Etage.

Von der Frankfurter a./O. Martini-Messe bin ich mit einem wohlassortirten Waaren-Lager zurückgekehrt, wobei ich mir erlaube, auf nachstehende Artikel aufmerksam zu machen:

Seidene Stoffe in den verschiedensten Branchen, sich zu Mänteln und Kleidern eignend, auch Foulards.

Wollene Stoffe, als: Plaid, Lama, Napolitaine, Mousseline de laine und Cachemire-Roben.

Umschlagetücher in allen Größen, in Seide und Wolle.

Damen- und Herren-Cravatten, Echarpes, desgl.

Westen in Seide, Sammet und Wolle.

Piquées, dito Decken, feine Cachemir-Tischdecken in allen Größen und mehrere andere Artikel.

Sämmtliche Waaren bin ich im Stande ein Drittheil unter dem Fabrikpreise zu verkaufen, da ich selbige **nur en partie** eingekauft habe. Breslau, den 14. November 1848.

S. E. Sachs,
Karlsstraße Nr. 22, 1ste Etage.

Thran-Glanz-Wichse

von anerkannter Güte, für 1 Rthlr 180 kleine, 90 große Schachteln; in Krausen von 1 und 2 Pfund das Pfd. incl. Krause 3 Sgr. empfiehlt stets frisch

Herrmann Stefke, Reuschestr. Nr. 36.

Ungeheuer wohlfeil.

Das Putz- und Modegeschäft von Wilh. Lehmann
aus Berlin

bezieht den Markt mit einem sehr großartigen Lager der feinsten Hüte in Velour frise, Sammt, Atlas, wobei reich garnirte Sammtmanchester-Hüte zu 1 Rtl. 5 Sgr. bis 1 Rtl. 10 Sgr., in echtem Sammt 2 Rtlr. 10 Sgr., die reizendsten Häubchen, Cravatten, Gürtel, Schürzen, Puppen.

Bitte sich von der Schönheit und Billigkeit der Waaren zu überzeugen

Naschmarkt Nr. 56, 1 Treppe hoch.

Gotthilf Junge u. Sohn aus Apolda

haben während des Marktes ihr Lager wollener Strumpfwaaren eigner Fabrik, bestehend in Herren- und Frauenjacken, Zephyrhemden, Unterhosen, Strümpfen, Comfortables, Kinder-Kleidchen, Kaftans, Häubchen u. s. w. Blücherplatz Nr. 6, im Hause des Herrn A. Stern, 1 Treppe hoch.

Wegen der im merkantilischen Fache jetzt ungewöhnlich schlechten Zeitverhältnissen wird Schweidnitzerstraße Nr. 5 im goldenen Löwen, während der Dauer des hiesigen Marktes

ein großes Damen-Mäntel-Lager

zum sofortigen Ausverkauf aufgestellt, und daher die Preise so äußerst billig, daß gewiß jeder Käufer über seine Erwartung befriedigt wird. Auch eine große Auswahl von **Kinder-Mänteln** sind daselbst vorräthig zu finden.

Anzeige für Damen!

Während des bevorstehenden Jahrmarktes in Breslau befindet sich wiederum

Ohlauerstr. 7 im Gasthofe zum blauen Hirsch par terre
das Lager feiner französischer Stickereien
und echter Batist-Taschentücher

von M. S. Bernau, ci-devant **Dupuy** fabricant de Broderies de Nancy et Paris.

Außerordentlich reichhaltige Auswahl der neuesten und geschmackvollsten, zu Weihnachten sich sehr gut eignenden Artikel, so wie besonders ungewöhnlich billige Preise, berechtigen mich zu der Erwartung, eines recht zahlreichen geehrten Besuches entgegen zu sehen. Der Verkauf beginnt Montag den 20. Novbr.

Heiraths-Gesuch.

Ein Rittergutsbesitzer in den 30er Jahren, welcher ein Vermögen von 40000 Rthl. nachweisen kann, sucht, da es ihm an Damenbekanntschaft fehlt, auf diesem Wege eine Lebensgefährtin, welche gebildet, und ein disponibles Vermögen von 10 — 15000 Rthl. besitzt. Adressen bittet man unter A. R. poste restante Breslau einzusenden. Die strengste Discretion wird versichert.

Waldwolle-Sohlen,

welche die Füße warm und trocken halten, empfiehlt das Paar von 2½ Sgr. an:

C. G. Fabian, Ring Nr. 4.

Zu miethen wird gesucht

ein anständig möblirtes Zimmer mit Schlafkabinet. Adressen bittet man bei Herrn Kaufmann **Wendt,** Schuhbrücke 77, abzugeben.

Bekanntmachung.

Behufs der anderweitigen Verdingung des Land-Fracht-Transportes der von dem unterzeichneten Montirungs-Depot sowohl an die königlichen Truppen, als auch an andere Depots zu versendenden Militär-Bekleidungs-Gegenstände für den Zeitraum vom 1. Januar bis ult. Dezember 1849 ist ein Termin auf **den 20. November d. J. Vormittags 10 Uhr** im Büreau desselben, Dominikanerplatz Nr. 3 anberaumt, wozu kautionsfähige Entrepriselustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die dieser Entreprise zu Grunde gelegten Bedingungen vor Abhaltung des Termins, zu jeder schicklichen Zeit in dem gedachten Büreau eingesehen, auch die Erklärungen der Unternehmungslustigen im Termine sowohl persönlich, als auch durch versiegelte, schriftliche Submissionen abgegeben werden können.

Breslau, den 4. November 1848.

Königliches Montirungs-Depot.

Bekanntmachung.

Zur Einzahlung der an Weihnachten d. J. fälligen Pfandbriefzinsen haben wir diesmal den 21. und 22. December und zur Auszahlung derselben den 23. und 27. bis 30. December d. J. bestimmt.

Görlitz, den 14. November 1848.

Görlitzer Fürstenthums-Landschafts-Direktion.
(gez.) v. Ohnesorge.

Holzverkauf.

Zum Verkaufe von circa:

1250	Klaftern	kiefern Kloben,
600	"	fichten "
12	"	buchen "
10	"	erlen "
20	"	fichten Knüppel,
1	"	buchen "
2	"	erlen "

welche an den Flößbächen in der Oberförsterei Bodland stehen, wird Termin anberaumt auf

Mittwoch den 29. d. M., 11 Uhr,

im Gasthofe zur Stadt Meinungen in Karlsruhe, woselbst ein Viertheil des Meistgebots sofort baar zu deponiren, die übrigen Bedingungen bekannt gemacht werden sollen.

Jagdschloß Bodland, den 12. November 1848.

Königliche Forstverwaltung.

Das Niedergericht hierselbst hat auf Anhalten Gottschalk Nathan und Hrn. Dr. J. Wolffson, mand. noce H. D. Nathan in Güstrow und Eduard Nathan in Brüssel, ein Proklam dahin erkannt:

daß alle Diejenigen, welche an den, unter der Rechtswohlthat des Inventariums angetretenen Nachlaß des verstorbenen Julius David Nathan irgend welche Ansprüche zu haben vermeinen, sei es aus Erbrecht, oder sonst irgend welchem Grunde, er habe Namen wie er wolle, schuldig und gehalten seien, sich mit solchen Ansprüchen — und zwar Auswärtige durch gehörig legitimirte Bevollmächtigte — in diesem Gerichte bis zum 30. März 1849 als einzigem und peremtorischen Termine zu melden und erforderlichenfalls dieselben zu justificiren, bei Strafe des Ausschlusses und ewigen Stillschweigens.

Hamburg, den 8. Novbr. 1848.

Zur Beglaubigung
G. Pemöller Dr., Aktuarius.

Runkelrübensamen,

echten weißen Zucker, für dessen Echtheit und Güte garantire, sowie

Cichoriensamen, echten langen glatten Magdeburger
" großen dicken Braunschweiger,

ebenfalls in bester Qualität, offerire zu höchst billigen Preisen.

Gleichzeitig halte mich mit meinen Gemüse-, Feld-, Garten-, Holz- und Blumensämereien bestens empfohlen und werde auch hinfür stets die niedrigsten Preise limitiren.

A. Bormann in Quedlinburg,
Kunst- und Handelsgärtner.

Echten Limburger Käse
in kleinen Ziegeln zu 5 Sgr. empfiehlt:

Herrmann Stefke,
Reuschestraße Nr. 63.

Sonnabend den 18. November:
Kränzchen
im ehemaligen Zahn'schen Lokale.
Der Vorstand.

Sonntag den 18. November
Nachmittag-Concert
im ehemaligen Zahn'schen Lokale.
Bähschnitt.

Das irrthümlich ausgesetzte Kränzchen findet
Sonntag den 19. November
im ehemaligen Zahn'schen Lokale statt.
Der Vorstand.

Zur Kirmes

auf Sonntag den 19. und Montag den 20. d. M. ladet ergebenst ein

A. Vogt, in Schaffgotschgarten.

Zum **Fleisch-Ausschieben** in der goldenen Sonne, Oder-Vorstadt, Sonnabend den 18. Novbr. ladet ergebenst ein:

A. Wöllmer.

Zur Tanzmusik

Sonntag den 19. Nov. ladet ergebenst ein:

Seiffert in Rosenthal.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben auf Stoßbahn, auf heute, Sonnabend den 18. November, ladet ergebenst ein:

W. Härtel, kl. Groschengasse Nr. 18.

Zur Kirmes
nach Neudorf, auf Sonntag und Montag, ladet ergebenst ein:

Wengler, Gastwirth.

Schöne **Magdeb.** mittle **Perlgraupe** 16 Pfd. für 1 Rthl., feinere 15 Pfd. für 1 Rthl. und besten **Wienergries** 14 Pfd. für 1 Rthl., empfiehlt

Jos. Kienast,
Nicolaistraße Nr. 16 (3 Könige).

Cholera-Binden

von **Waldwolle** empfiehlt in allen Größen à 10 Sgr. bis 25 Sgr.

die alleinige Waldwolle-Niederlage
C. G. Fabian, Ring 4.

Eine Partie sehr schöner frischer Glatzer Tafel- und Kochbutter offerire ich billigst in Fässern von 6 und 12 Quart.

Richard Schramm,
Blücherplatz Nr. 6, eine Stiege.

Schmiedebrücke Nr. 67 nahe am Ringe ist ein Verkaufsgewölbe und mehrere Wohnungen zum Neujahr zu vermiethen. Das Nähere zu erfragen bei

C. F. Dietrich, Schmiedebr. 2.

Ein schwarzer Jagdhund, mit weißer Brust und weißen Füßen, hat sich am 13. November zu mir gefunden, und kann für die Futter- und Insertions-Gebühren vom Eigenthümer abgeholt werden: Neue Weltg. Nr. 10 1 St.

Tauenzienplatz Nr. 7 ist die dritte Etage zu vermiethen; das Nähere beim Haushälter.

Privat-Logis
Schweidnitzerstr. 33, bei S. Wurm.

Hôtel garni in Breslau,
Albrechtsstraße Nr. 33, 1. Etage, bei **König,** sind elegant möblirte Zimmer bei prompter Bedienung auf beliebige Zeit zu vermiethen.

P.S. Auch ist Stallung u. Wagenplatz dabei.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Kfm. Friedländer, Offizier Graf v. Steenberg u. Graf v. Oriollo a. Berlin. Kaufm. Guttmann a. Mainz. Professor Fieweger a. Jassy. Herr d'Abza a. Paris.

Breslauer Getreide-Preise

am 17. November.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	59	Sg.	54	Sg.	47	Sg.
Weizen, gelber	57	"	52	"	45	"
Roggen......	33	"	30	"	27	"
Gerste.......	25	"	23	"	20	"
Hafer	16	"	15	"	14	"

Breslau, den 17. November.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 114½ Br. Louisd'or 113 Gld. Polnisches Courant 93½ Br. Oesterreichische Banknoten 93½ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 92 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½% 74½ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 95 Br., neue 3½% 77¼ Gld. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 89 7/12 Br., Litt. B. 4% 91 Gld., 3½% 81½ Br. Polnische Pfandbriefe 4% alte 89⅔ Gld., neue 89⅔ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 85 Br. Oberschlesische 3½% Litt. A. 88 Br., Litt. B. 88 Br. Krakau-Oberschlesische 40½ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 67 Br. Köln-Mindener 3½% 73¼ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37½ Gld.

Berlin, den 16. November.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½% 74¾ etw. bez., Ende ½ Br., Prior. 4½% 89¼ bez. Niederschlesische 3½% 66¼ bez., Prior. 4% 81¾ Gld., Prior. 5% 94 Gld., Ser. III. 5% 88½ Br. Oberschlesische 3½% Litt. A. 88¼ Br., Litt. B 88½ Br. Rheinische 50¼ Gld. Stargard-Posener 4% 66 etw. bez. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 38 etw. bez. u. Br. — Geld- und Fonds-Course: Staats-Schuld-Scheine 3½% 75 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 91¾ Klgkt. bez. Posener Pfandbriefe 4% 95 Br., neue 3½% 77¾ Gld. Friedrichsd'or 113⅔ bez. Louisd'or 112¾ bez. u. Gld. Polnische Pfandbriefe 4% neue 90½ bez.

Bei geringem Verkehr in Fonds und Eisenbahn-Aktien, behaupteten letztere, mit geringer Ausnahme, ihren gestrigen Stand, schlossen aber zum Theil matt.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.